

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

perspektive jung

2013 arbeitet die KAS mit dem Jahresmotiv „Perspektiven der Jugend“. Damit thematisieren wir auf nationaler wie internationaler Ebene Werte-, Ordnungs- und Zukunftsfragen, die die jüngere Generation betreffen. Die Beiträge in diesem Heft zu Veranstaltungen, die insbesondere diese Zielgruppe angesprochen haben, sind mit dem Logo unseres Jahresmotivs gekennzeichnet.



POLITISCHER DIALOG:
Der stv. Vorsitzende der KAS, Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert, würdigte in der Slowakei die historische Einzigartigkeit des europäischen Einigungsprozesses.



UMWELT-, KLIMA- U. ENERGIEPOLITIK:
Der KAS-Vorsitzende Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP eröffnete in Berlin den 1. Weltjugend-Nachhaltigkeitsgipfel von „youthinkgreen – jugend denkt um.welt“.



RECHTSSTAAT:
Der tunesische Staatspräsident Marzouki stellte in Karthago die Initiative Tunesiens für die Schaffung eines Internationalen Verfassungsgerichtshofes vor.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 5
Demokratie und Entwicklung
- Seite 8
Europa
- Seite 10
Politischer Dialog
- Seite 14
KAS-Panorama
- Seite 16
Politischer Dialog
- Seite 18
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 20
Umwelt, Klima- und Energiepolitik
- Seite 22
Rechtsstaat
- Seite 24
Medien
- Seite 26
Werte- und Religionsdialog
- Seite 27
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 28
Neuerscheinungen

NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN IN RUSSLAND

In den vergangenen Monaten führte die Konrad-Adenauer-Stiftung zahlreiche Dialogprogramme durch, die sich mit der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Russland befassen.

Mit Bernhard Kaster MdB, Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe, reiste eine Delegation aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages vom 8. bis 11. April zu politischen Gesprächen nach Moskau. Die Abgeordneten betonten, dass der russische Staat von einer aktiven, pluralistischen Bürgergesellschaft nur profitieren könne. „Für erfolgreiches Regierungshandeln ist der Staat auf die Artikulation zivilgesellschaftlicher Interessen durch Nichtregierungsorganisationen angewiesen“, unterstrich der Leiter der deutschen Delegation, Christian Hirte MdB, bei einer gemeinsamen Konferenz der KAS mit der Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft.



Im Zuge eines neuen Gesetzes für Nichtregierungsorganisationen (NRO) erfahren zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend Druck von Seiten des Kremls. Seit Mitte März wurden hunderte Einrichtungen durch die russische Staatsanwaltschaft überprüft. Von den Maßnahmen war auch die Filiale der KAS in St. Petersburg betroffen, wo es im Zuge einer Razzia zur

Christian Hirte MdB, Hardy Herbert, Walerij Bogomolow, Präsident des Rechnungshofes im Dienstrang eines Föderalen Ministers, Olav Gutting MdB, Bernhard Kaster MdB, Dr. Lars Peter Schmidt, bis Mai Leiter des KAS-Auslandsbüros in Moskau, Dr. Mario Voigt MdL Thüringen

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



die Rolle der Zivilgesellschaft ist heute so groß wie nie zuvor. Unzählige Organisationen setzen sich für Partikularinteressen ein und nehmen dadurch am politischen Wettbewerb der Ideen teil. Im besten Fall bündeln und repräsentieren sie Interessen von Bevölkerungsgruppen und fordern erfolgreich Rechenschaft von Regierungen ein. Sie beraten Entscheidungsträger und führen selber Projekte durch. Sie sind, neben den Parteien, die wichtigste Plattform für bürgerschaftliches Engagement. Weil Menschen mitbestimmen können, steigert es ihr Verantwortungsgefühl und ihre Motivation, sich für notwendige Veränderungen in der Gesellschaft einzusetzen.

Im schlechteren Fall ist die Zivilgesellschaft das Ziel von staatlicher Gängelung und Kontrolle, die ihrer Wächterfunktion die Grundlage nimmt. Unangenehme Fragen und öffentlicher Druck sind vielen Regierungen ein Dorn im Auge. Die Folgen haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und viele ihrer Partnerorganisationen in jüngster Vergangenheit am eigenen Leib erfahren müssen: Neue restriktive Gesetzgebungen, Bürodurchsuchungen mit Beschlagnahmung von Material, Zwangsschließung und Gerichtsprozesse mit der Androhung von Haftstrafen gegen Mitarbeiter. Diese Entwicklung ist deshalb so alarmierend, weil sie sich wie eine Schockstarre auf zivilgesellschaftliches Engagement, auch in anderen Ländern, auswirken kann. Ein Rechtsstaat voll Mangel und Willkür fördert den vorbeugenden Gehorsam und macht damit wissentlich und willentlich bürgerschaftliches Engagement kaputt.

Bei allen ihren Stärken ist die Legitimität von Zivilgesellschaft mitunter jedoch auch kritisch zu bewerten. Sie kann niemals ein funktionierendes Parteiensystem ersetzen, bei dem jeder Bürger eine Stimme hat. Sie braucht sich nicht um Mehrheiten zu kümmern und repräsentiert deshalb Partikularinteressen, die nicht notwendigerweise mehrheitsfähig sind. Wie andere Lobbyorganisationen auch haben sie stets eine eigene Agenda, die anderen legitimen Forderungen der Gesellschaft entgegensteht. Gerade in Entwicklungsländern gibt es zudem viele so genannte „Quangos“ (Quasi-NGOs), hinter denen Staatsinteressen stehen und die somit die Überwachungsfunktion der Zivilgesellschaft unterlaufen. Viele Menschen, deren Interessen eigentlich am dringendsten vertreten werden müssten, haben hingegen gar nicht die Mittel, sich zu organisieren – und sei es nur, einen Vertreter zu Konsultationen in die weit entfernte Hauptstadt zu schicken. Oftmals benachteiligte Gruppen, wie die ärmere Landbevölkerung oder ethnische Minderheiten, sind besonders betroffen.

Man sollte also genau hinschauen, für wen die Zivilgesellschaft im Einzelfall spricht – und für wen nicht. Unterm Strich ist sie aber eine entscheidende Säule für Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung. Wenn der Staat sich den organisierten Interessen seiner Bürger verschließt, kann dies leicht zu Machtmissbrauch führen und die Dauer von Missständen kann unendlich hinausgeschoben werden. Um dies zu verhindern, treten wir mit unseren Partnerorganisationen weltweit für eine Stärkung der Zivilgesellschaft ein.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!
Berlin, im August 2013

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Isabel Peter

■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)
■ Dr. Stefan Friedrich
(Werte und Religionsdialog)
■ Sebastian Barnet Fuchs
(Demokratie und Entwicklung)
■ Peter Girke
(Rechtsstaat)
■ David Gregosz
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)
■ Dr. Christian Hübner
(Umwelt-, Klima- und
Energiepolitik)
■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
■ Martina Kaiser
(Medien)

Kontakt über:
vorname.nachname@kas.de

Fotos

KAS; S. 6 (Beitrag Myanmar):
U Ko Ko Layt

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

© 2013
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.





Christian Hirte MdB bei einer gemeinsamen Konferenz der KAS mit dem Zentrum zur Entwicklung der Zivilgesellschaft

SCHWERPUNKTTHEMA ■

NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN IN RUSSLAND

*Fortsetzung
von Seite 1 ►*

Beschlagnahmung sämtlicher Computer gekommen war. Nach Intervention des Auswärtigen Amtes wurde das Verfahren gegen die Stiftung eingestellt. Zahlreiche Partner der Politischen Stiftungen müssen jedoch um ihre Existenz fürchten. Auf Beschluss des Justizministeriums ist die Wahlbeobachterorganisation Golos Ende Mai dazu gezwungen worden, ihre Aktivitäten für mindestens sechs Monate einzustellen, mit der Begründung, dass sich die Organisation nicht ordnungsgemäß als „ausländischer Agent“ registriert habe. Verfahren gegen weitere NROs wurden eingeleitet.

Dass zivilgesellschaftliches Engagement zwingender Bestandteil guter und demokratischer Regierungsfüh-

rung sei, betonte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Philipp Mißfelder, der Ende Mai zu Gesprächen nach Moskau reiste. Auch in der russischen Regierung werden mittlerweile Stimmen laut, die die jüngsten Entwicklungen im zivilgesellschaftlichen Bereich kritisieren. Mit seinem Vorgehen schadet der russische Staat nicht nur der demokratischen Entwicklung des Landes, sondern er irritiert zunehmend auch seine ausländischen Partner.

Ziel der Maßnahmen der KAS ist es, für ein Umdenken zu werben und zu verdeutlichen, dass erfolgreiche Politik mittel- und langfristig von der aktiven Beteiligung mündiger Bürger abhängig ist.

DIE WACHSENDE BEDEUTUNG VON NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN IN CHINA

Nichtregierungsorganisationen (NROs) spielen auch in der VR China eine immer wichtigere Rolle. Zunehmend engagieren sich chinesische Bürgerinnen und Bürger auf den Gebieten des Umwelt- und Klimaschutzes und der sozialen Hilfe. Fehlende gesetzliche Grundlagen, unzureichende Finanzierung und mangelndes Management begrenzen jedoch vielfach den gesellschaftlichen Einfluss und mindern die Qualität der Arbeit.

Am 10. und 11. Mai 2013 veranstaltete das KAS-Auslandsbüro Shanghai zusammen mit der Abteilung Kultur und Bildung des deutschen Generalkonsulats in Shanghai einen Trainings-Workshop in Hangzhou. Ziel der Veranstaltung war es, die Kapazitäten und die internationale Vernetzung chinesischer NROs zu steigern.

Die Mischung aus Vorträgen, Diskussionen und einem Trainingsworkshop ermöglichte einen lebendigen Austausch zwischen den Teilnehmern aus verschiedenen

Regionen Chinas und dem Ausland und lieferte viele Empfehlungen für eine wirkungsorientierte Arbeitsweise. Es zeigte sich, dass sich viele chinesische NROs ähnlichen Herausforderungen gegenübersehen, insbesondere bei den rechtlich-politischen Rahmenbedingungen.



Experten und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus China und dem Ausland

■ SCHWERPUNKTTHEMA

STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DER ÖSTLICHEN NACHBARSCHAFT

Im Frühjahr 2013 begann ein Beratungsprojekt der EU zur Stärkung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Nachbarschaft. Das übergeordnete Ziel des Projektes ist es, nichtstaatliche Akteure darin zu unterstützen, Reformen und öffentliche Rechenschaft von den Regierungen der osteuropäischen Transformationsstaaten einzufordern. Die KAS hat gemeinsam mit sieben lokalen Nichtregierungsorganisationen die Federführung in dem Projekt, das von Kiew aus koordiniert wird und Maßnahmen in allen Ländern vorsieht, die am EU-Programm der Östlichen Partnerschaft teilnehmen (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine). Im Juni fanden in Jerewan eine Informationseinheit für potenzielle EU-Antragsteller, in Tiflis zwei Schulungen für Multiplikatoren in EU-Antragsberatung sowie ein Treffen des Projektteams in Kachetien (Georgien) statt.

VERMÄCHTNIS DES KHMER-ROUGE-TRIBUNALS

Zusammen mit dem Cambodian Human Rights Action Committee (CHRAC) organisierte das Rechtsstaatsprogramm Asien einen Workshop zu den Erfahrungen aus der Arbeit des Khmer-Rouge-Tribunals mit Blick auf künftige nationale Rechts- und Justizreformen. Experten beleuchteten unter anderem die Rolle von Regierung und Zivilgesellschaft im Umsetzungsprozess von Reformanstößen des Tribunals. Zudem wurde auf dem Workshop eine Studie der Juristischen Fakultät der Singapur-Management-Universität zum Thema „Post-Conflict Cambodia, Transitional Justice & the Rule of Law – Lessons for ASEAN“, die vom KAS-Rechtsstaatsprogramm Asien in Auftrag gegeben worden war, einem Fachpublikum präsentiert.

Marc Spitzkatz, Leiter des Rechtsstaatsprogramms Asien, mit anderen Diskussionsteilnehmern während des Workshops



AUFRUF ZUR FÖRDERUNG EINER AKTIVEN BÜRGERGESELLSCHAFT IN SÜDAFRIKA



Am 26. April veranstaltete die KAS gemeinsam mit dem Frederik van Zyl Slabbert Institute for Political Leadership an der Universität Stellenbosch die jährliche Frederik van Zyl Slabbert Honorary Lecture, einen Festvortrag zum Gedenken an den gleichnamigen, im Jahr 2010 verstorbenen, südafrikanischen Politiker und Verfechter demokratischer Werte. Rund 300 Gäste, unter ihnen viele Studenten, nahmen an der Lesung teil, die sich in diesem Jahr mit der Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft auseinandersetzte.



Als Gastrednerin sprach Dr. Maria Ramos, Vorstandsvorsitzende der ABSA-Bankengruppe, ehemalige Generaldirektorin des südafrikanischen Finanzministeriums und Ehefrau des Vorsitzenden der südafrikanischen Nationalen Planungskommission, Minister Trevor Manuel.

Dr. Ramos verwies in ihrer Ansprache auf die Bedeutung einer aktiven Bürgergesellschaft für Südafrikas junge Demokratie. Der Staat, so Ramos, könne die Herausforderungen des Landes nicht im Alleingang bewältigen. Nur gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft werde es gelingen, Lösungsansätze für die Probleme des Landes wie Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität zu schaffen. Frau Ramos appellierte vor allem an die junge Generation, sich gesellschaftlich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft aktiv mitzugestalten. Mit diesem Aufruf lag Frau Ramos ganz auf der Linie der Konrad-Adenauer-Stiftung und des FVSZ-Instituts, das sich mit seinen zahlreichen Bildungsangeboten die Förderung junger Führungspersönlichkeiten zum Ziel setzt.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG

KAS-Partner-Netzwerkworkshop zu „sozialem Engagement und politischer Teilhabe in muslimischen Gemeinschaften“

Im zweiten Workshop zu „Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung“ vom 8. bis 9. April 2013 in Singapur diskutierten Experten aus Bangladesch, Ägypten, Deutschland, Indonesien, Kuwait, Libanon, Malaysia, Pakistan, Tansania und Thailand u. a. die Bedeutung gleicher Rechte für Frauen

für soziale und politische Teilhabe, aber auch das Verständnis von islamischem Recht und dessen Einfluss und Umsetzung im jeweiligen nationalen Recht. So berichtete u. a. ein malaysischer Rechtsanwalt von seiner ehrenamtlichen Mitarbeit bei einer Bürgerinitiative für eine neue Verfassung, die für mehr Gleichheit und Gleichberechtigung, auch zwischen den verschiedenen Ethnien, in Malaysia sorgen soll.



Die Teilnehmer und Organisatoren des Workshops in Singapur



Cindy Solís Rodríguez, Parlamentsabgeordnete der Partei Unidad Social Cristiana, Costa Rica

KONFERENZ IN RIO DE JANEIRO UND BUENOS AIRES: „DER BODEN – GRUNDLAGE DER ENTWICKLUNG“



„WIR JUNGEN LEUTE MÜSSEN UNS ORGANISIEREN.“

Ende Juni hat das Regionalprogramm „Parteienförderung und Demokratie in Lateinamerika“ zum internationalen Forum „Boden: Grundlage der Entwicklung“ eingeladen. Mehr als 30 junge Politiker aus Deutschland, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Kolumbien, Chile, Costa Rica, Panama und Ecuador diskutierten die verantwortungsvolle Nutzung des Bodens.

Der erste Teil der Konferenz fand in der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro statt. Dort erfuhren die Gäste mit der Unterstützung des Auslandsbüros Brasilien, wie sich der Regenwald schützen und wieder aufforsten lässt. Sie besichtigten ein Fluss-Renaturierungsprojekt

und diskutierten stadtplanerische Probleme in den großen Städten ihrer Länder.

Der zweite Teil des Forums fand in Buenos Aires statt und behandelte Themen wie die Bleiverschmutzungen in Uruguay, Regenwaldschutz in Brasilien, Infrastrukturprojekte und illegale Bebauung in Argentinien oder Energiemanagement in Costa Rica. Hier machten sich die Nachwuchspolitiker ein persönliches Bild von der Armut und den Problemen in den argentinischen Villas. Der anwesende Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Vincent Kokert, lobte das Fachwissen und das Engagement der jungen Politiker.



v.l.n.r.: José Antonio Rivera, ehem. Verfassungsrichter Boliviens, Annette Schwarzbauer, Leiterin des KAS-Auslandsbüros Guatemala/Honduras, Juan Carlos Zapata, Direktor FUNDESA, Dr. Jesús Casal, Katholische Universität Andrés Bello, Venezuela, Dr. Claudio Nash, Leiter des Zentrums für Menschenrechte der Fakultät für Rechtswissenschaften, Universität Chile

WOHLSTAND UND SOZIALER FRIEDE – ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE

Guatemala leidet unter einer hohen Kriminalitäts- und Mordrate, soziale Unruhen entzündeten sich vermehrt an der Frage von Investitionsprojekten im Energie- und Rohstoffbereich und den möglichen Folgen für die Bevölkerung. Mangelnde Sicherheit schreckt wiederum Investitionen und unternehmerisches Engagement ab, das dringend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes benötigt wird. Die unternehmernahe Stiftung FUNDESA, das Rechtsstaatsprogramm und das Länderprojekt Guatemala der KAS luden Vertreter aus dem Unternehmensektor, von Nichtregierungsorganisationen und aus Politik und Presse zu einer Diskussionsrunde mit Experten aus Bolivien, Chile und Venezuela ein, um an Hand der verschiedenen Länderbeispiele aufzuzeigen, ob und wie wirtschaftlicher Wohlstand und sozialer Friede sich gegenseitig bedingen.

DIE BASSARI

EINE ETHNISCHE MINDERHEIT ENGAGIERT SICH FÜR FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Bassari-Studenten aus dem Senegal auf dem Kulturlehrpfad: „Verankerung in der eigenen Kultur und Öffnung für die Welt“ war das Motto des Seminars, das 80 Bassari-Schüler und Studenten zusammenführte. Gemeinsam erarbeiteten sie Strategien für nachhaltige Entwicklung und Konfliktprävention in Regionen mit ethnischen Minderheiten.





Deutsche und tschechische Experten und Parteienvertreter diskutierten das Thema Politische Bildung.

DEMOKRATIE BRAUCHT POLITISCHE BILDUNG

Kann eine Demokratie langfristig ohne politisch gebildete Bürger überleben? Die Bedeutung der Politischen Bildung für ein demokratisches System wurde in den postsozialistischen Ländern vielfach unterschätzt. Diesem Thema widmete sich daher ein viertägiger Workshop Ende Juni in Cadenabbia, an dem Experten von tschechischen und deutschen Institutionen der Politischen Bildung und Vertreter von Parteien sowie deren Bildungsinstituten mitwirkten.

Laut einer Umfrage ist es einem Viertel der tschechischen Bürgerinnen und Bürger gleichgültig, ob im Land eine demokratische Regierung oder ein autoritäres Regime herrscht. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen unter anderem in der mangelhaften Politischen

Bildung. Demgegenüber hat das deutsche politische Bildungssystem eine lange Tradition. Dies erwies sich in Verbindung mit der in der Verfassung angelegten wehrhaften Demokratie als erfolgreiches Modell, das in der Lage ist, auch in Krisenzeiten undemokratischen und extremistischen Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die Teilnehmer erarbeiteten Vorschläge zur Weiterentwicklung der politischen Bildungssysteme. Hieraus entstand die Publikation „Lohnt es sich, die Politik zu verstehen?“ Das Fazit: Eine Demokratie braucht Demokraten, um langfristig stabil zu sein. Der Staat muss deshalb geeignete Rahmenbedingungen für die Politische Bildung fördern.



DEZENTRALISIERUNG IN MYANMAR

Im April organisierte das KAS-Regionalprogramm Politikdialog Asien zusammen mit dem National Enlightenment Institute eine Konferenz zu Dezentralisierung und Regionalentwicklung in Mawlamyine, der Hauptstadt des Mon-Staates in Myanmar. Konzipiert um spezifische Anliegen der Regionalparlamente und -regierungen anzusprechen, führte diese Konferenz erstmals Vertreter aus beiden Parlamenten der benachbarten Mon- und Karen-Staaten in Süd-Myanmar nahe der Grenze zu Thailand zusammen.



Die Parlamentssprecher des Mon-Staates (in schwarz) und des Karen-Staates (in der roten Tracht)

ENDLICH MEHR RECHTE BEKOMMEN

Fortbildung zu Frauenrechten in der DR Kongo

Es gibt nur wenige Länder auf dieser Welt, in denen es den Frauen schlechter geht als in der Demokratischen Republik Kongo. Die KAS hat in Zusammenarbeit mit UNAF am 8. und 9. Juli 2013 eine Fortbildung zu Frauenrechten in der Hauptstadt Kinshasa durchgeführt. Zu Beginn der Veranstaltung wurden viele Situationen aufgezeigt, bei denen Frauen benachteiligt werden. Hauptproblem ist deren geringe Beteiligung bei fast allen politischen und sozialen Entscheidungen. Im weiteren Verlauf des zweitägigen Seminars wurden Experten befragt und Diskussionen geführt, um Vorschläge zur Erhöhung des Frauenanteils bei Entscheidungsprozessen auszuarbeiten. An der Diskussion nahmen Vertreter/-innen des Ministeriums für Gleichstellung, Abgeordnete, Wissenschaftler/-innen sowie Mitglieder von politischen Parteien und Verbänden teil. Abschließend wurde eine Liste mit Vorschlägen und Forderungen an die Vertreter der kongolesischen Regierung und des Parlaments übergeben.



Die Teilnehmer/-innen des Frauenrechtsseminars verfolgen die Podiumsdiskussion.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Jugend und Versöhnung
in Südafrika

Das KAS-Länderprojekt Südafrika nimmt das stiftungsübergreifende Jahresmotiv 2013 „Perspektiven der Jugend“ zum Anlass, eine Reihe von Informationsseminaren zum aktuellen Stand der Versöhnung in Südafrika durchzuführen. Die Informationsveranstaltungen stellen die Ergebnisse des South African Reconciliation Barometer (SARB) vor, das sich im Jahr 2012 mit dem Thema „Jugend und Versöhnung“ beschäftigte. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Altlast der Apartheid nach wie vor die Lebensbedingungen einer Vielzahl junger Südafrikaner negativ beeinflusst. Trotz sozio-ökonomischer Hindernisse schauen die meisten Jugendlichen jedoch mit erstaunlicher Zuversicht in die Zukunft.

Landrechte der indigenen Völker schützen

Die indigenen Volksgruppen in Malaysia (Orang Asli) stellen etwa elf Prozent der malaysischen Gesamtbevölkerung und leben oft in den höher gelegenen Hügel- und Bergregionen sowie in Waldgebieten. Diese Flächen werden zunehmend für landwirtschaftliche oder bauunternehmerische Zwecke in Anspruch genommen und genutzt. Die Menschenrechtsorganisation Pusat KOMAS führt seit mehreren Jahren mit Unterstützung der KAS ein Fortbildungsprogramm für Vertreter der indigenen Völker durch, um sie bei der Einforderung ihrer Landrechte zu stärken. Im März 2013 wurde in diesem Rahmen eine Schulung für Vertreter verschiedener indigener Völker durchgeführt.

IV. Forum Migration und Frieden in New York

Das vom Scalabrini International Migration Network (SIMN) und von der KAS organisierte IV. Forum „Migration und Frieden“ in New York befasste sich unter anderem mit der Thematik „Sicherheit und Integration“ von Migranten. Hochrangige Vertreter der Politik aus Lateinamerika und den USA, der Vereinten Nationen, der katholischen Kirche und von NROs und Think Tanks stellten im Rahmen des Forums ihre Projekte und Ideen hinsichtlich einer Optimierung der Integrationspolitik für Migranten dar. Deutsche und europäische Erfahrungen wurden von Olaf Jacob, Referent im Team Lateinamerika der KAS, präsentiert.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

FRAUENRECHTE IM SÜDLICHEN
MITTELMEER NACH DEN ARABISCHEN
UMBRÜCHEN

Die arabischen Umbrüche haben mit Blick auf die Situation und gesellschaftspolitische Stellung der Frauen eher ambivalente Ergebnisse hervorgebracht. Einerseits haben Frauen aktiv an den arabischen Umbrüchen und Revolutionen mitgewirkt, andererseits werden sie nun vielerorts als „Verlierer“ der Revolutionen bezeichnet. Vom 21. bis 23. Juni veranstaltete die KAS in Kooperation mit dem ISIS Center for Women and Development in Fez eine internationale Konferenz zum Thema „Frauenrechte im südlichen Mittelmeer nach den arabischen Umbrüchen“. Vertreter/-innen aus über 20 Ländern aus Politik und Zivilgesellschaft, Wissenschaft, ehemalige Botschafter und Ministerinnen sowie Aktivisten und politisch Interessierte nahmen an der Konferenz teil. Gleichheit und Gerechtigkeit innerhalb der Familien, Schutz vor sexueller Belästigung in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz, mehr Gleichberechtigung bei der Verteilung von öffentlichen Ressourcen und Ämtern sind Faktoren, die bei der Bewertung einer Demokratie berücksichtigt werden sollten.



Für Moushira El Khattab (ehemalige ägyptische Botschafterin und Familienministerin) klaffen die ägyptische Verfassung und Realität weit auseinander.

FESTVERANSTALTUNG ZUM EUROPATAG

Anlässlich des Europatages am 9. Mai 2013 hat die KAS Uganda eine Festveranstaltung in Kampala abgehalten. Die Veranstaltung bot unter dem Motto „Förderung der Rechenschaftspflicht im öffentlichen Sektor am Beispiel Europa“ ugandischen Führungskräften die Möglichkeit, sich mit EU-Abgesandten über die Verbesserung der Verwaltung öffentlicher Gelder in Uganda auszutauschen. In der Vergangenheit hatten immer wieder brisante Korruptionsfälle – u. a. im Büro des Premierministers in Uganda – für Schlagzeilen gesorgt. Bei der Konferenz wurde deutlich, dass Uganda seine Anti-Korruptionsstrategie verbessern muss, um eine angemessene Verwendung öffentlicher Finanzmittel sicherzustellen. Dies nicht nur, um die Beziehungen zu den Geberländern zu verbessern und das verlorene Vertrauen wiederherzustellen, sondern vor allem im Interesse des Landes und seiner Entwicklung selbst.



v.l.: Wilson Muruli Mukasa, ugandischer Minister für Sicherheit, Dr. Roberto Ridolfi, EU-Botschafter und Raphael Magezi, Vizevorsitzender des Parlamentarischen Ausschusses für Kommunalverwaltung



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP während seiner Rede an der Andrassy-Universität Budapest

■ EUROPAPOLITIK

EUROPAREDE AN ANDRÁSSY-UNIVERSITÄT BUDAPEST

DR. HANS-GERT PÖTTERING MDEP ERHÄLT FÜR SEINE VERDIENSTE UM UNGARN DAS GROSSKREUZ

Am 29. April 2013 sprach Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, zum Thema „Die europäische Perspektive – Werte, Politik und Wirtschaft“ an der Andrassy-Universität vor über 150 Zuhörern. An der Vortragsveranstaltung nahmen zahlreiche renommierte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft sowie Partner und Freunde der Stiftung teil.

Dr. Pöttering betonte in seiner Rede die Bedeutung Europas und der Verankerung des europäischen Denkens. Er richtete diese an den drei Grundpfeilern Werte, Politik und Wirtschaft aus und appellierte an die Ungarn, sich stets ihrer europäischen Einbindung bewusst zu sein. Mehrfach wies er darauf hin, dass die europäische Gemeinschaft eine Familie sei und in dieser müsse man gerade dann den Dialog suchen, wenn es unterschiedliche Ansichten gebe.

Während seines Aufenthalts in Budapest bekam Dr. Pöttering das Großkreuz des Verdienstordens

von Ungarn für seine Verbundenheit mit dem Land, seine vielfältigen, herausragenden Tätigkeiten zur Unterstützung und Pflege der deutsch-ungarischen Beziehungen sowie für die Unterstützung der Arbeit der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft verliehen. Die feierliche Übergabe fand am 30. April 2013 durch den Ministerpräsidenten Dr. Viktor Orbán im Munkácsy-Saal des Ungarischen Parlaments statt.

KROATIEN

HERAUSFORDERUNGEN DES EU-BEITRITTS

Im Rahmen einer Seminarveranstaltung diskutierten und zelebrierten die Stiftung des kroatischen Staatlichen Eides (ZHDZ) und die Konrad-Adenauer-Stiftung am 1. Juli in Zagreb im Beisein von Gunther Krichbaum MdB, dem Parteivorsitzenden der HDZ Tomislav Kararmarko, dem deutschen Botschafter Hans Peter Annen und weiteren Partnern, Stipendiaten und Absolventen der Politischen Akademie der HDZ den am gleichen Tag erfolgten Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union.



+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Deutschland und Großbritannien im Dialog

Im Rahmen des Gipfels der G7-Finanzminister in London traf sich Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu einem vom KAS-Auslandsbüro in London organisierten informellen Gedankenaustausch mit britischen Abgeordneten der Konservativen Partei. Dabei wurden u. a. Fragen der aktuellen Finanzkrise, die weitere Entwicklung in der EU sowie der Eurozone, die bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sowie die Perspektiven der Bundestagswahl erörtert.



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Großbritannien, Hans-Hartwig Blomeier

Gegen die Jugendarbeitslosigkeit: Junge Europäer reden mit!



Was würdest Du als Minister für Arbeit und Soziales als Erstes in Angriff nehmen, um die Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen? Was erwartest Du Dir von der Europäischen Union? Diese Fragen hat das Auslandsbüro Italien jungen Frauen und Männern aus verschiedenen europäischen Ländern gestellt. Ihre Antworten sind in einem Video dokumentiert.

Kooperationsprojekt Athen – Ankara Workshop zum Thema „Illegale Migration“

Ein Großteil der illegalen Einwanderung in die EU vollzieht sich inzwischen über die Türkei und Griechenland. Insbesondere das krisengeschüttelte Griechenland kommt mit dieser Situation immer weniger zurecht. Vor diesem Hintergrund organisierte das KAS-Büro Athen im April gemeinsam mit dem Büro in Ankara und dem griechischen Think Tank ELIAMEP einen Workshop zu Fragen irregulärer Migration und Asyl. Akademiker, politische Entscheidungsträger und Experten aus griechischen, türkischen und deutschen Organisationen, die sich mit den Anliegen von und Bedingungen für Migranten und Asylsuchende befassen, kamen zu einem ersten Austausch in Athen zusammen.



Römische Schüler auf dem Weg zur nächsten Etappe der „Europäischen Schnitzeljagd“

EINE SCHNITZELJAGD DURCH DIE EUROPÄISCHE GESCHICHTE



Am 7. März diskutierten die „Botschafter Europas“, eine Gruppe Studierender, mit denen das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien seit längerem intensiv zu europapolitischen Fragestellungen arbeitet, mit der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Frau Prof. Dr. Grütters MdB, darüber, was uns in Europa verbindet.

Ihr Fazit: Vom Kolosseum bis zum Vatikan, vom Pincio bis zum Kapitol: überall steckt Europa drin! So entstand die Idee, römische Schüler im Rahmen einer „Europäischen Schnitzeljagd“ am Europatag (9. Mai) dazu anzuregen, ihre Heimatstadt ebenfalls einmal mit europäischen Augen zu sehen.

Die Schüler mussten anhand von Rätseln und Hinweisen die gut versteckten europäischen Gründungsväter suchen: Ein lebensgroßer Papp-Aufsteller von Konrad Adenauer beispielsweise befand sich im Auslandsbüro der KAS. Um zum Ziel zu gelangen, lösten die Schüler unter anderem in der „Casa di Goethe“ ein Quiz und suchten im Istituto Luigi Sturzo ein Zitat aus historischen Büchern heraus. Nebenbei lernten die Schüler von den „Botschaftern Europas“, wie der Prozess der Europäischen Einigung seinen Anfang genommen hat und welche Rolle die europapolitische Vision der Gründungsväter dabei spielte. „Europa liegt in Euren Händen!“, ermutigte Maria Romana de Gasperi, die Tochter Alcide de Gasperis, die Schüler bei der Preisverleihung.

EXPERTEN SEHEN LICHT AM ENDE DES TUNNELS

Dialog über den griechischen Erneuerungsprozess

„Vertrauen ist die Währung, in der gezahlt wird“ – mit diesem Zitat der Bundeskanzlerin Angela Merkel fasste Frank Priess, stv. Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, das Ziel des Griechenland-Workshops der KAS punktgenau zusammen: Vertrauen fassen! Die Tagung, die vom 22. bis 24. Mai bereits zum zweiten Mal stattfand, gab Experten aus Deutschland und Griechenland Raum zur intensiven Diskussion.

Sie bot zum einen die Möglichkeit, die bestehenden Probleme nicht nur in wirtschaftspolitischer Dimension zu diskutieren, sondern zum anderen auch die Gelegenheit, die Gespräche vor Ort in Griechenland mit Akademikern, politischen Vertretern und Journalisten zu vertiefen. Auf Einladung der KAS hielt sich Ende Juni der griechische Entwicklungsminister Kostas Hatzidakis in Berlin auf und sprach im Rahmen der Reihe „Europaforum“ über die Wachstumsaussichten seines Landes.

Kyriakos Mitsotakis, Abgeordneter der Nea Dimokratia und inzwischen griechischer Minister für Verwaltungsreform, berichtet im Gespräch mit den Experten aus Deutschland über aktuelle politische Entwicklungen.



BRÜCKEN BAUEN IN EUROPA

Internationale Fachkonferenz der KAS in Bratislava über Literatur, Werte und Europäische Identität

Politische, historische und literarische Europaperspektiven standen im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz in der slowakischen Hauptstadt Bratislava, an der Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller und Politiker aus über zehn Ländern teilnahmen. Die Tagung „Brücken bauen in Europa“, die im zweijährigen Turnus an wechselnden Orten Mittel- und Osteuropas stattfindet, widmete sich diesmal der europäischen Wissensgesellschaft, der Erinnerungskultur, Wertefragen und der gemeinsamen Identität. Ergänzt wurde der wissenschaftliche Teil durch Literaturlesungen von Dr. Andreas Apelt, Irena Brežná, Ilma Rakusa und Susanne Schädlich. Den diesjährigen Abschluss der in dieser Art einmaligen Konferenzreihe bildete ein Vortrag des KAS-Ehrevorsitzenden, Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, der sich der Frage nach der Zukunft der Europäischen Union stellte.



Teilnehmer der „Schule des europäischen Politikers“

■ POLITISCHER DIALOG

SCHULE DES EUROPÄISCHEN POLITIKERS IN KIEW



Unter dem Titel „Schule des europäischen Politikers“ organisierte das KAS-Auslandsbüro in der Ukraine vom 5. bis 7. April 2013 in Kiew ein Seminar in Kooperation mit der Jugendorganisation Junge Volkswacht. Zur Eröffnung dieser Veranstaltung waren auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Gäste aus Deutschland angereist, um den jungen Nachwuchspolitikern aus erster Hand über ihre Arbeit innerhalb der CDU zu berichten. Bertil Wenger, Frank Niebuhr und Dirk Reitze verdeutlichten in ihren Vorträgen am Beispiel der CDU den Aufbau einer Partei

in Deutschland und die Bedeutung einer engen Bindung zwischen Parteiführung und Parteibasis. Darüber hinaus standen sie den 30 Teilnehmern für Fragen zur Verfügung. Besonders interessierte diese, wie die deutschen Gäste die europäische Perspektive der Ukraine beurteilten.

Nach Ende des Eröffnungsteils begann die mehrtägige interaktive Seminararbeit, inklusive der Simulation einer Parlamentsdebatte und der simulierten Gründung einer Partei.



Zahlreiche Mitglieder aus politischen Parteien nahmen am Workshop der KASYP teil.

KONRAD ADENAUER SCHOOL FOR YOUNG POLITICIANS – „JUGEND UND POLITIK“



Vom 27. bis 29. Mai 2013 fand im Rahmen der „Konrad Adenauer School for Young Politicians“ (KASYP) ein Workshop zum Thema „Jugend in der Politik“ in Singapur statt. 34 junge und aktive Mitglieder politischer Parteien aus Indien, Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Myanmar, Pakistan, den Philippinen, Südkorea und Thailand informierten sich über erfolgreiche Ansätze der Jugend-Verbandsarbeit und erarbeiteten eigene Vorschläge, um die Interessen von Jugendlichen in Staat und Gesellschaft wirksamer zu vertreten und Jugendliche für Politik und das Engagement in Parteien zu interessieren.

Die Teilnehmer erhielten viele Anregungen für ihre politische Arbeit. Der lebhafteste Austausch während der Veranstaltung war ein Beleg dafür, dass der Workshop ein Dialogforum über politische, religiöse und geographische Grenzen hinweg war und zur interkulturellen Verständigung zwischen zukünftigen Politikern aus verschiedenen Ländern, Parteien und Religionen beitrug.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Parteien im politischen System:

Deutschland und Costa Rica im Vergleich

In Zusammenarbeit mit dem Instituto de Formación y Estudios en Democracia (Institut für Bildung und Studien in Demokratie) veranstaltete das KAS-Auslandsbüro in Costa Rica das Seminar „Institutionelle Stärkung der Parteien im Politischen System“. Ziel der Veranstaltung war die vergleichende Analyse der Rolle der politischen Parteien sowie ihre institutionelle Einbindung in das politische System in Deutschland und Costa Rica. Aus Deutschland nahm der KAS-Experte Dr. Peter Fischer-Bollin an der Veranstaltung teil. Der Politikwissenschaftler Dr. Rotsay Rosales aus Costa Rica ergänzte das Podium als Diskussions-Teilnehmer.

„Mexiko soll auf dem internationalen Parkett aktiver werden.“

Das renommierte Forschungszentrum Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE) in Mexiko-Stadt stellte am 24. Juni 2013 die aktuelle Ausgabe der Umfrage „Mexiko, Lateinamerika und die Welt 2012–2013“ vor, die u. a. in Zusammenarbeit mit dem KAS-Auslandsbüro in Mexiko publiziert wird. Die Befragung nimmt zum einen die öffentliche Meinung zu außenpolitischen Themen in der Gesamtbevölkerung in den Blick und geht zum anderen vergleichend den spezifischen Perzeptionen der Führungselite des Landes nach.



Teilnehmer
des Forums in
Guatemala

ASSOZIIERUNGSABKOMMEN EU-ZENTRALAMERIKA

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Mitten im Prozess zur Ratifizierung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika in Guatemala veranstalteten das zentralamerikanische Bildungs- und Forschungsinstitut INCEP in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. Mai ein Forum zu Herausforderungen und Chancen des Abkommens. Stella Zervoudaki, Botschafterin der EU in Guatemala, warb für das Abkommen und eine zügige Ratifizierung. Der Abgeordnete Emmanuel Seider betonte ebenfalls die Chancen, die sich für Guatemala böten. Eine kritische Meinung vertrat Norayda Ponce von CONGCOOP, die Wettbewerbsnachteile für kleine Produzenten befürchtete. Letztlich überwogen die positiven Meinungen, und wenig später wurde auch in Guatemala das Abkommen ratifiziert.

II. DEUTSCH-GEORGISCHES STRATEGIEFORUM



Der georgische
Verteidigungs-
minister Irakli
Alasania (2.v.r.)
eröffnet das
Deutsch-Georgi-
sche Strategie-
forum.

Im Mai fand das zweite Deutsch-Georgische Strategieforum statt, welches deutsche und georgische Vertreter aus Regierung, Parlament und Think Tanks zu einem intensiven Dialog zusammenbrachte. Das von der KAS gemeinsam mit dem Atlantic Council ausgerichtete Forum dient als Plattform für einen nicht-öffentlichen, regelmäßigen und vertrauensvollen politischen Dialog.

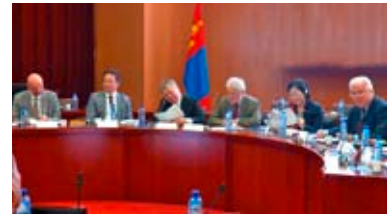
Im Vordergrund des Forums standen außen- und sicherheitspolitische Themen, darunter die Integration Georgiens in euro-atlantische Strukturen, die militärische Zusammenarbeit im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes der NATO und die georgisch-russischen Beziehungen. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer über innenpolitische Reformen, Herausforderungen und den möglichen Beitrag Deutschlands. Das Forum mündete in einer Reihe politischer Handlungsempfehlungen.

Im Mai fand das zweite Deutsch-Georgische Strategieforum statt, welches deutsche und georgische Vertreter aus Regierung, Parlament und Think Tanks zu einem intensiven Dialog zusammenbrachte. Das von der KAS gemeinsam mit dem Atlantic Council ausgerichtete Forum dient als Plattform für einen nicht-öffentlichen, regelmäßigen und vertrauensvollen politischen Dialog.

KONFERENZ DEUTSCHLAND- MONGOLEI

Anlässlich des kommenden 40. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und der Mongolei fand am 9. Mai 2013 im Auswärtigen Amt in Ulaanbaatar eine Konferenz statt.

Organisiert wurde diese von Prof. Dr. Barkmann vom Institut für Internationale Studien der Mongolischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der KAS, der Deutschen Botschaft und dem Institut für strategische Forschung beim Nationalen Sicherheitsrat der Mongolei. Neben dem damaligen deutschen Botschafter Dr. Peter Schaller und dem ehem. mongolischen Staatspräsidenten Ochirbat Punsalmaa folgten zahlreiche weitere Fachleute aus Politik und Wissenschaft der Einladung.



v.l.: Johannes Rey
(Leiter des KAS-
Auslandsbüros in
der Mongolei),
R. Thiele (CEO
StratByrd Consult-
ing; PMG), Dr.
B. Mandakhbileg
(AA Mongolei),
Botschafter
Dr. P. Schaller,
M. Batchimeg (MP)
und Prof. Dr.
U. Barkmann

DEUTSCHLAND UND SLOWAKEI: 20 JAHRE PARTNERSCHAFT

Anlässlich des 20. Jubiläums der Eröffnung des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Slowakei kamen Freunde und Partner der Stiftung zu einem hochkarätigen Vortragssymposium in Bratislava zusammen. Hauptredner war der stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der die historische Einzigartigkeit des europäischen Einigungsprojekts vor dem Hintergrund der ‚Kriegsgeschichte‘ des Kontinents würdigte.

Die Teilhabe junger Menschen an der Aufarbeitung der slowakischen Vergangenheit zeigte zudem eine Diskussionsrunde des Bundestagspräsidenten mit ca. 25 Jugendlichen, die alle zivilgesellschaftlich in Partnerorganisationen der KAS engagiert sind.



Bundestagspräsident
Prof. Dr. Norbert Lammert



v.l.n.r.: Dr. Edip Baser (Yeditepe-Universität, Istanbul), Ercan CİTLIOĞLU (Bahçeşehir-Universität, Istanbul), Frank Priess (stv. Hauptabteilungsleiter EIZ der KAS), Dr. Colin Dürkop (Leiter des KAS-Auslandsbüros in der Türkei), Eberhard Pohl (Deutscher Botschafter in Ankara) und Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann (Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik)

6. SICHERHEITSDIALOG IN ANKARA

Der jährliche deutsch-türkische sicherheitspolitische Dialog fand am 29. und 30. April 2013 in Ankara mit hochrangiger deutscher und türkischer Besetzung statt. Im Zentrum standen aktuelle Geschehnisse und Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sowie deren regionale und globale Auswirkungen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Institut für Strategische Studien der Bahçeşehir-Universität (BAUSAM) ausgerichtet. Renommierte Wissenschaftler, Politiker und (Ex-)Militärs sowie Vertreter internationaler Institutionen trafen zu einem sicherheitspolitischen Austausch zusammen. In mehreren

geschlossenen Sitzungen und einer offenen Podiumsdiskussion wurden die Effekte des Arabischen Frühlings im Nahen und Mittleren Osten, speziell in Syrien, für die Nachbarstaaten erörtert. In der Diskussion um eine etwaige Vormachtstellung in der Region wurden insbesondere aufstrebende Staaten wie Israel, Iran und Saudi-Arabien thematisiert.

Eine friedliche Herangehensweise in Syrien, etwa begünstigt durch eine zukünftige Schlüsselrolle der EU und der Türkei als Mediatoren und stabilisierende Faktoren, wurde einheitlich befürwortet.

DISKUSSIONEN ÜBER CHINAS FÜNFTE FÜHRUNGSGENERATION



Im Chinesischen Außenministerium analysierte Dr. Gerhard Wahlers mit Du Xiaohui (Bildmitte) die Zukunft der deutsch-chinesischen Beziehungen.

Der Nationale Volkskongress installierte im März die neue chinesische Regierung unter Staatspräsident Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang. Entlang dieser politischen Rahmenbedingungen analysierte der stv. Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers, die Zukunft der deutsch-chinesischen Beziehungen mit renommierten

chinesischen Experten wie Du Xiaohui, dem Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten des Chinesischen Außenministeriums. Die intensiven Fachgespräche thematisierten wirtschafts- und sozialpolitische Reformprozesse in der VR China. Es zeigte sich, dass das gute Abschneiden der KAS im Ranking der Universität von Pennsylvania als eine der besten Denkfabriken Westeuropas bei Vertretern des chinesischen Außenministeriums nicht unbemerkt geblieben ist.

CHINESISCHE KAS-STIPENDIATEN

TREFFEN MIT HOCHRANGIGER DELEGATION DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Im Rahmen der politischen Reise einer hochrangigen Bundestagsdelegation (geleitet von dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB) diskutierten chinesische KAS-Altstipendiaten über Chinas aktuelle politische Entwicklung nach dem Führungswechsel. Dabei tauschten sich die Teilnehmer kritisch über Handlungsoptionen für die zukünftige deutsch-chinesische Kooperation in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Sicherheit aus. Besonders vor dem Hintergrund der Territorialstreitigkeiten zwischen China und Japan bekräftigten die chinesischen Teilnehmer die große Bedeutung der intensiveren multilateralen Zusammenarbeit, um eine sichere und nachhaltige Entwicklung der gesamten Region zu gewährleisten.



Volker Kauder MdB diskutiert in Peking mit chinesischen KAS-Altstipendiaten Handlungsoptionen für die zukünftige deutsch-chinesische Kooperation.



Roland Jahn sprach auf der Tagung über das Verhältnis von Politik und Erinnerungskultur.

POLITISCHER DIALOG ■

PERSPEKTIVEN DER ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA

Am 25. April veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Andrassy-Universität Budapest (AUB) eine Fachtagung über die „Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa.“ Eröffnet wurde die Veranstaltung von Frank Spengler, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Ungarn, und Dr. Hendrik Hansen, Leiter der Professur für Politikwissenschaft an der Andrassy-Universität Budapest.

Hauptredner der Veranstaltung, an der rund 80 Gäste und viele renommierte Experten teilnahmen, war der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Roland Jahn.

In seinem Vortrag spannte Jahn den Bogen von seinen persönlichen Erfahrungen mit der zweiten Diktatur auf deutschem Boden über die Folgen eines Lebens in Unfreiheit im Allgemeinen bis hin zu den Lehren, die heute aus dieser Zeit gezogen werden können. Zentrale Aspekte waren dabei das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit sowie die Frage, wie sich Menschen mit der Diktatur arrangieren oder sich ihr widersetzen.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen der Nationalsozialismus und Kommunismus in Deutschland und Ungarn. Auch Fragen zum Verhältnis von Politik und Erinnerungskultur und zur Bedeutung der Offenlegung von Akten für den Prozess der Erinnerung wurden thematisiert.

+++ KURZMELDUNGEN +++

25. Jahrestag der Kerzenmanifestation in Bratislava

Die Kerzenmanifestation am 25. März 1988 war ein Vorbote der Samtenen Revolution vom November 1989 und trug damit zum Zusammenbruch der 40-jährigen totalitären Herrschaft in der Tschechoslowakei und zum demokratischen Neubeginn entscheidend bei. Zu Ehren des 25. Jahrestages der Kerzenmanifestation organisierte die KAS in Bratislava zusammen mit ihren Partnern vor Ort zahlreiche Veranstaltungen: Filmaufführungen, Vorträge, Diskussionen mit Zeitzeugen sowie eine Ausstellung.

Museum für Geschichte der polnischen Juden in Warschau eröffnet

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Beginns des Aufstandes im Warschauer Ghetto ist am 19. April 2013 das Museum für jüdische Geschichte der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Hochrangige Persönlichkeiten – an der Spitze Staatspräsident Bronislaw Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk – nahmen daran teil. Den „Verein zur Förderung des Museums für Jüdische Geschichte in Polen e. V.“ vertraten u.a. der Vorsitzende und ehem. stv. Generalsekretär der KAS, Josef Thesing, und der Schatzmeister, Botschafter a. D. Dr. Helmut Frick. Die KAS begleitet bis heute die Entwicklung des Museums und unterstützt besonders das Projekt „virtuelles Shtetl“.



POLITISCHE FÜHRUNGSWECHSEL UND SICHERHEITSHerausforderungen IN ASIEN-PAZIFIK:

EUROPÄISCHE UND ASIATISCHE PERSPEKTIVEN

Das Jahr 2012 brachte umfassende Änderungen für die ohnehin äußerst komplexe Sicherheitsarchitektur in Nordostasien. Die politischen Führungswechsel in den USA, China, Japan, Russland sowie Südkorea wurden vom Research Institute for National Security Affairs (RINSA) und dem KAS-Auslandsbüro Korea zum Anlass genommen, um am 11. April 2013 in Seoul einen Expertenaustausch zur europäischen sowie asiatischen Wahrnehmung aktueller Sicherheits Herausforderungen zu organisieren. Im Rahmen der Konferenz wurden die strategischen Implikationen der politischen Machtwechsel intensiv beleuchtet. Von allen Seiten wurde betont, dass eine verstärkte Kooperation vor allem zwischen den USA und China, aber auch den anderen für die Region relevanten Mächten von besonderer Bedeutung sei, um den komplexen Sicherheits Herausforderungen der Region gerecht werden zu können.

Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

■ **KAS-PANORAMA**



LATEINAMERIKA

2 **Wahlrechtsreformen und neue Initiativen der politischen Bildung**
Konferenz

Antigua, 4. – 5. September 2013

1 **Die Bekämpfung des Drogenhandels – Einfluss auf die Internationalen Beziehungen Mexikos**
Internationale Konferenz

Mexiko-Stadt,
17. – 18. September 2013

4 **Nationaler Kongress zwischen Lokalpolitikern und Jugendvertretern**
Konferenz

Panama-Stadt, Oktober 2013

8 **I. Deutsch-Latein-amerikanische Konferenz junger Unternehmer des Energiesektors**
Konferenz

Lima, 10. – 11. Oktober 2013

4 **I. Internationaler Kongress über das Bankenrecht**
Kongress

Panama-Stadt,
23. – 25. Oktober 2013

EUROPA UND NORDAMERIKA

34 **Das Schengen-Abkommen als Herausforderung für die kroatische Sicherheitspolitik**
Konferenz

Zagreb, 11. – 13. September 2013

24 **XIII. Internationale Kirchenkonferenz:**

Die Stellung der Familie in der Europäischen Union
Krakau, 13.– 14. September 2013

39 **Mazedonisch-Bulgarisches Journalistenseminar zu europapolitischen Fragen**
Workshop

Ohrid, 13.– 15. September 2013

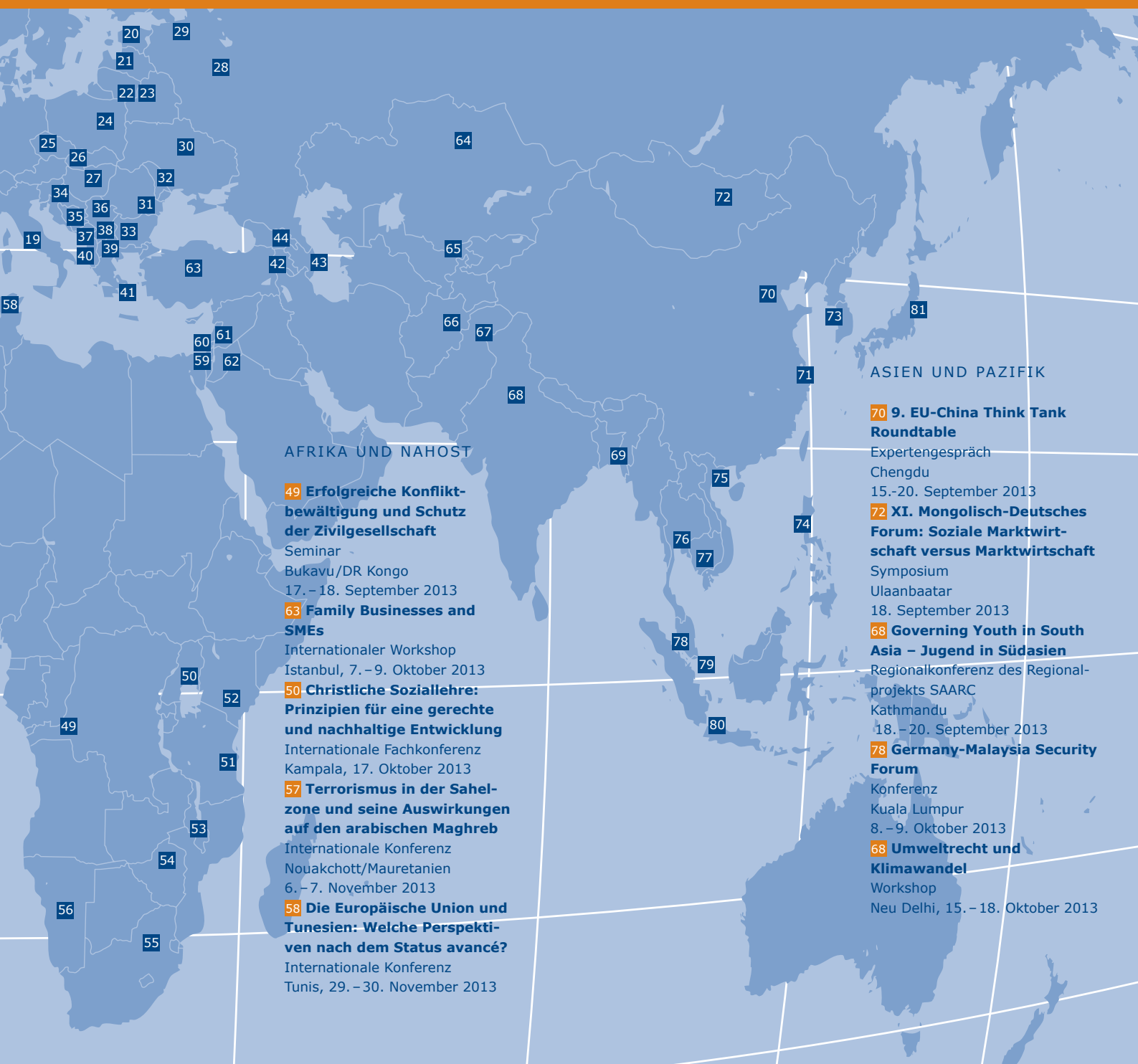
19 **III. Alcide De Gasperi – Konrad Adenauer Lecture: Die politische Union Europas**
Vortrag

Rom, 26. September 2013

41 **Thessaloniki International Symposium in World Affairs**
Symposium

Thessaloniki,
12. – 13. Oktober 2013

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt 2 Guatemala, Guatemala-Stadt (Regionalprogramm Lateinamerika) 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener Völker) 12 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 13 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Lateinamerika) 14 Brasilien, Brasilia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener Völker) 15 Frankreich, Paris 18 Spanien, Madrid 19 Italien, Rom 20 Estland, Tallinn 21 Lettland, Riga 22 Litauen, Vilnius 23 Weißrussland, Bürositz: Vilnius 24 Polen, Warschau 30 Ukraine, Kiew 31 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 32 Republik Moldau, Chişinău 33 Bulgarien, Sofia (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 38 Kosovo, Pristina 39 Republik Mazedonien, Skopje 40 Albanien, Tirana 41 Griechenland, Athen 42 Armenien, Eriwan 43 Aserbaidschan, Baku 44 Georgien, Tiflis (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 48 Nigeria, Abuja 49 DR Kongo, Kinshasa 50 Uganda, Kampala 51 Tansania, Dar es Salaam 52 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) 56 Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** 57 Marokko, Rabat 58 Tunesien, Tunis 59 Israel, Jerusalem 63 Türkei, Ankara | **ASIEN UND PAZIFIK** 64 Kasachstan, Astana 65 Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 66 China, Peking und Shanghai 72 Mongolei, Ulan Bator 73 Republik Korea, Seoul 74 Philippinen, Manila 75 Vietnam, Hanoi 76 Thailand, Bangkok 77 Kambodscha, Phnom Penh (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien)



Guatemala-Stadt | **3** Honduras, Tegucigalpa | **4** Costa Rica, San José | **5** Venezuela, Caracas | **6** Kolumbien, Bogotá (Auslandsbüro und regionales Programm Medien) | **10** Chile, Santiago de Chile | **11** Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) | **14** USA, Washington | **15** Großbritannien, London | **16** Belgien, Brüssel (Europabüro) | **17** Frankreich, Paris (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) | **25** Tschechische Republik, Prag | **26** Slowakische Republik, Bratislava | **27** Ungarn, Budapest | **28 29** Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg | **32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48** | **45** Senegal, Dakar | **46** Ghana, Accra | **47** Benin, Cotonou | **48** Libanon, Beirut (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) | **53** Malawi, Lilongwe | **54** Simbabwe, Harare | **55** Republik Südafrika, Johannesburg | **56 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81**

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP nahm am internationalen Workshop in Casablanca teil.



■ POLITISCHER DIALOG

AUSTAUSCH ZWISCHEN KAS UND AMERICAN JEWISH COMMITTEE (AJC)

Im Juli wurde der KAS-AJC-Austausch zum 33. Mal durchgeführt. Zwölf junge Experten aus Regierung, Parlament, Partei, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nahmen an der Reise in die USA teil. In Washington stand neben politischen Gesprächen über die transatlantische Zusammenarbeit und die Bürgerrechtsbewegung der Besuch des Holocaust Museums im Vordergrund. Im Herzen der amerikanischen Hauptstadt gelegen, ruft es zu Wachsamkeit und



Die deutsche Delegation mit Carol Kahn Strauss, Leiterin des Leo-Baeck-Instituts

Verantwortung auf. Auf der letzten Etappe des Besuchs konnten persönliche Kontakte zur jüdischen Gemeinde in Miami geknüpft werden. Auch im 33. Jahr wird der Austausch – der jährlich nicht nur junge deutsche Entscheidungsträger in die USA, sondern auch Mitglieder der jüdisch-amerikanischen Gemeinde nach Deutschland führt – als außergewöhnlich und bereichernd wahrgenommen.

SÜDASIEN IN DER VERANTWORTUNG FÜR EIN STABILES AFGHANISTAN



Referenten aus ganz Südasiens diskutierten im Rahmen des SAARC-Regionalprojektes über Afghanistans Rolle in der Region.

Am 14. und 15. Mai 2013 fand in Kathmandu, Nepal, die vom Regionalprojekt der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) der KAS gemeinsam mit dem Centre for South Asian Studies jährlich durchgeführte Regionalkonferenz Politisches Südasiensforum statt. Thema des diesjährigen Forums war „Afghanistan in SAARC: Towards Deeper Engagement – Südasiens in der Verantwortung für ein stabiles Afghanistan“. Referenten aus ganz

Südasiens erörterten u.a., welche politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte das Land seit 2001 gemacht hat, wie es seine Rolle in Südasiens und in SAARC sieht, welche Beziehungen die Staaten der SAARC-Region zu Afghanistan pflegen und welchen Intentionen sie dabei folgen. Dabei kamen nicht nur die einzelnen Länderperspektiven zu Wort, sondern es wurden auch Synergien zwischen den verschiedenen sicherheits-, außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Blickwinkeln auf den Themenkomplex Afghanistan deutlich.

WORKSHOP ZUM POLITISCHEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT VON MUSLIMEN

Vom 19. bis zum 21. Juni fand in Casablanca ein internationaler Workshop statt, welcher sich mit dem politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement von Muslimen weltweit auseinandersetzte.

Eine besondere Anerkennung erfuhr dieses Projekt durch die Teilnahme des Vorstandsvorsitzenden der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP. Unter dem Rahmenthema „Social Commitment and Political Participation in Muslim Communities“ sollte der Erfahrungsaustausch dazu beitragen, das Verhältnis und die Vereinbarkeit von Islam und demokratischem Rechtsstaat zu demonstrieren und gegenseitig nutzbar zu machen. Von den Teilnehmern aus Afrika, Nahost und Asien wurden konkrete Ansätze des gesellschaftlichen Engagements von Muslimen vorgestellt und ausgetauscht.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Das indische Parlament und die demokratische Transformation

Vom 9. bis 11. April 2013 veranstaltete die KAS in Zusammenarbeit mit dem Centre for Public Affairs und dem India International Centre ein Seminar zum Thema „Das indische Parlament und die demokratische Transformation“ in Delhi. Die Veranstaltung war mit hochrangigen Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien besetzt und thematisierte u.a. Verantwortlichkeit, Effektivität und Verwaltung des indischen Parlaments.

Deutsch-amerikanische Sicherheitsfragen

Im März und April organisierte die KAS mehrere Veranstaltungen zu diversen Facetten der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Gäste waren dabei unter anderem der Abgeordnete Ernst-Reinhard Beck MdB, der Vorsitzende der Luft- und Raumfahrt-Parlamentsgruppe, Klaus-Peter Willsch MdB, sowie Dr. Karl-Heinz Kamp, Direktor der Research Division des NATO Defense College. Mit diesen Veranstaltungen konnte die Konrad-Adenauer-Stiftung mehrfach einen Beitrag zum besseren Verständnis der amerikanischen Innen- und Außenpolitik leisten und gleichzeitig auf eine vertiefte transatlantische Kooperation hinwirken.



Bundespräsident Joachim Gauck (rechts im Bild) sprach zum Thema „Versöhnung und Erinnerungskultur in Deutschland“. 2.v.l.: Dr. Hubert Gehring, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kolumbien

„VERANTWORTUNG IST EIN SYNONYM FÜR FREIHEIT“

KOLUMBIENBESUCH DES BUNDESPRÄSIDENTEN JOACHIM GAUCK

Anlässlich des Besuchs des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck organisierten die drei in Kolumbien vertretenen politischen Stiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung – in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Bogotá eine Vortragsveranstaltung. In seiner Rede an der Universidad de Los Andes behandelte der Bundespräsident das Thema „Versöhnung und Erinnerungskultur in Deutschland“. Dabei stellte er Erfahrungen und Beispiele aus der deutschen

Vergangenheit zu diesem Thema vor, die für Kolumbien hilfreich sein können.

Neben den Themen Versöhnung und Erinnerungskultur ging Bundespräsident Gauck in seinem Vortrag auch auf die Notwendigkeit ein, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und gleichzeitig die Rechte der Opfer anzuerkennen, zu würdigen und die Betroffenen zu entschädigen. Ziel sei es letztendlich, alle Beteiligten an einem Konflikt in die Gesellschaft integrieren zu können.



v.l.n.r. Prof. Eiiti Sato (Universität Brasília), die beiden Abgeordneten Sebastião Bala Rocha und Gonzaga Patriota (beide Nationalkongress), Botschafterin Ana Paula Zacarias (Delegation der EU in Brasilien) und Felix Dane Leiter des KAS-Auslandsbüros in Brasilien

XX. FORUM BRASILIEN-EUROPA IN BRASÍLIA

Im Rahmen des 20. „Forum Brasilien-Europa“ kamen in Brasília Anfang Juni sowohl politische Entscheidungsträger und Hochschulprofessoren aus Brasilien als auch europäische Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler zusammen. Bei der Veranstaltung, die dieses Jahr unter der Überschrift „Brazil and the European Union Looking Ahead“ stand, kam es zum intensiven Austausch zwischen den Vertretern der beiden Partnerregionen, der sich auch durch ein über 220 Teilnehmer starkes Publikum auszeichnete. Mit dem Ziel, über die Entwicklung des Prozesses der europäischen Integration und die Beziehungen mit Brasilien zu informieren, wurden u. a. die Position der EU in der Welt, die Strategische Partnerschaft der Union mit Brasilien, die EU-MERCOSUR-Beziehungen sowie die Entwicklungspolitik Brasiliens und der EU auf dem afrikanischen Kontinent diskutiert.

TERRORISMUS(BEKÄMPFUNG) IN WESTAFRIKA

Im Fokus der jährlichen Sicherheitskonferenz des Regionalprogramms „Politischer Dialog in Westafrika“, die vom 25. bis 27. April in Niamey (Niger) stattfand, stand das Thema „Terrorismus(bekämpfung) in Westafrika“. Im Fokus der einzelnen Beiträge von Militärangehörigen, Parlamentariern und Sicherheitsexperten aus Afrika und Europa standen die Unterscheidung zwischen internationalem und transnationalem Terrorismus, die funktionale Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus sowie die Bedeutung struktureller Defizite für das Erstarken des Terrorismus in Westafrika. Zum Abschluss der Konferenz formulierten die Teilnehmer Handlungsempfehlungen, die sich an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie an die überregionalen Organisationen richten. Bei Maßnahmen gegen den Terrorismus sollten in erster Linie nicht militärische Kampagnen stehen, sondern ein Verbund ökonomischer, politischer und diplomatischer Maßnahmen, unterstützt durch den konsequenten Informationsaustausch zwischen den beteiligten Staaten.



Der Generalsekretär des Verteidigungsministeriums Nigers, General Djibo Tahirou, sprach zum Thema Terrorismus in Westafrika.



Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe MdB (Mitte) traf auf wirtschaftspolitische Entscheidungsträger wie Muhammad Oheo Sinapoy, Abgeordneter der GOLKAR-Partei (links) und Dr. Anies Baswedan, Rektor der Paramadina-Universität (rechts).

PROMINENTER GAST ERKLÄRT DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTSORDNUNG

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, hat auf Einladung des KAS-Auslandsbüros Indonesien und des Regionalprogramms Regionale Ordnungspolitik in Asien (SOPAS) am 4. April in Jakarta über das Modell der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Im Mittelpunkt stand deren Bedeutung für Deutschlands Bewältigung der internationalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die anwesenden hochrangigen Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft stimmten anschließend überein, dass die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen auch dem aufstrebenden Indonesien als Richtschnur bei der Bewältigung aktueller sozio-ökonomischer Herausforderungen dienen könnten.

Allgemein herrscht in Indonesien großes Interesse an einem nachhaltigen, sozial gerechten und wohlstandsorientierten Wirtschafts- und Sozialmodell. Deshalb diskutiert das KAS-Auslandsbüro Indonesien bereits seit 2009 die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gemeinsam mit indonesischen Professoren und Dozenten wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten sowie Wirtschaftsjournalisten.

In Zusammenarbeit mit der renommierten Privatuniversität Paramadina und deutschen Ökonomen konnten so bislang mehr als 170 Teilnehmer aus insgesamt 29 indonesischen Provinzen in einwöchigen Trainings geschult werden. Darüber hinaus wurden fünf ausgewählte Teilnehmer im Juni zu einer zehntägigen Studienreise nach Deutschland eingeladen.

DEUTSCH-CHINESISCHE VERANTWORTUNG IN DER INTERNATIONALEN FINANZPOLITIK

Im Mittelpunkt einer Konferenzreihe mit Hartmut Koschyk MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, stand eine in Kooperation mit dem Zentrum für Deutschlandstudien der Peking-Universität durchgeführte Vortragsveranstaltung. Über 60 chinesische Studenten und zahlreiche hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft folgten der Einladung der KAS.

In seinem Vortrag über „Die Verantwortung der VR China und der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Finanzpolitik“ stellte der Finanzstaatssekretär – ausgehend von der Staatsschuldenkrise in Europa – die enorme Verantwortung der globalen Märkte bei der Schaffung stabiler Investitionslandschaften dar. Dafür würden wirtschafts- und finanzpolitische Regelwerke allein nicht mehr genügen, sondern es müsse ein Kanon an ethischen Grundprinzipien von allen Wirtschaftskräften eingehalten werden. Das Thema hätte nicht aktueller gewählt sein

können. Die vielen Rückfragen der Teilnehmer, die auch auf das zeitgleich stattfindende Baó'ao Forum for Asia (6. bis 8. April 2013, Hainan) Bezug nahmen, demonstrieren die Brisanz der Thematik.

Die enge Zusammenarbeit der EU und China sei besonders zur Krisenprävention enorm wichtig, so Koschyk. Im Rahmen der Diskussion wurden des Weiteren die Zukunft des chinesischen Renminbi (RMB) als Leitwährung, die Rolle der Bankenaufsicht und Wirtschaftsentwicklung mit sozialem Ausgleich (Wohlstand für alle) diskutiert. Im Anschluss an die Vortragsveranstaltung führten die Studenten der Peking-Universität ein Interview mit dem Finanzstaatssekretär, das genügend Zeit zur Vertiefung der diskutierten Themen ließ.



Am Podium: Hartmut Koschyk MdB



Teilnehmer der IV. Konferenz zur Sozialen Marktwirtschaft in Buenos Aires

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

TREFFEN LATEINAMERIKANISCHER EXPERTEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Ende Mai kamen auf Einladung des KAS-Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika (SOPLA) 35 lateinamerikanische Experten aus Wissenschaft und Politik zusammen, um sich über die Möglichkeiten und Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft auf dem Kontinent auszutauschen. Thema dieser IV. Konferenz war die Rolle und Bedeutung von Institutionen in der Gestaltung von wirtschaftlichen Prozessen.

Das in der lateinamerikanischen Geschichte einmalige Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat günstige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Eine vergleichende Analyse macht hierbei deutlich, dass vor allem jene Länder erfolgreich in der Bekämpfung von Armut und bei der

Überwindung wirtschaftlicher Hemmnisse waren, die funktionierende Institutionen geschaffen haben. Dies gilt auch für die nachhaltige Nutzung von Renteneinkommen, die in den meisten Staaten noch immer für einen Großteil der Staatseinnahmen sorgen. Ebenfalls Gegenstand der Expertendiskussion war die besondere Bedeutung der gesetzlichen Verankerung der Wirtschaftsform in der Verfassung.

Einig waren sich die Teilnehmer der Konferenz über den hohen Wert, den das Konzept Soziale Marktwirtschaft für Lateinamerika haben kann. Aufgabe für die Zukunft wird die Vermittlung von Konzepten und Inhalten an politische Entscheidungsträger und relevante Institutionen sein.

MEXIKO-TAG IN BERLIN: STRATEGISCHE ALLIANZ ZWEIER PARTNER

v.l.n.r.: Frank Priess (stv. HAL EIZ), Prof. Dr. Stefan Jost (Leiter des KAS-Auslandsbüros Mexiko), Luis de la Peña (USEM/COPARMEX), Jochen Elsässer und Senator E.h. Wolfgang Wolf (beide LVI)

Im April veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie den mexikanischen Unternehmerverbänden USEM und COPARMEX den Mexiko-Tag.

Im Zentrum der Veranstaltung stand das Ziel, ein Netzwerk der Unternehmerverbände Lateinamerikas zur Stärkung eines innovativen, umwelt- und sozialverantwortlichen Unternehmertums sowie zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Dabei stand die Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit als Leitlinie einer globalen Wirtschaftspolitik und als ethische Grundlage

eines nachhaltigen Unternehmertums im Zentrum der Diskussion. Auf der Basis bereits bestehender Partnerschaften zwischen deutschen und mexikanischen Wirtschaftsverbänden soll so ein werteorientierter

transnationaler ordnungspolitischer Dialog zwischen Stakeholdern der Wirtschaft in Gang gesetzt werden.

Im Hinblick auf die Bedeutung der deutsch-mexikanischen Zusammenarbeit betonte Héctor López, Wirtschaftsminister des Bundesstaates Guanajuato, vor allem das Vertrauen, das Mexiko gegenüber deutschen Unternehmen habe. In seinem Plädoyer machte er deutlich, dass mexikanische Unternehmen die Langfristigkeit deutscher Partner schätzen, wodurch eine transparente und vertrauenswürdige Kooperation entstehe, die soziale Verantwortung mit Wettbewerbsfähigkeit und Professionalität verbinde. Prof. Dr. Stefan Jost, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko-Stadt, betonte, dass die enge Zusammenarbeit nicht auf Selbstverständlichkeit ruhen dürfe. Ein geschärftes Bewusstsein für die ethische und kulturelle Wertegemeinschaft verbindet beide Kontinente und ist grundlegend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Der Mexiko-Tag zielte somit darauf, wichtige Impulse über Möglichkeiten dieses gemeinsamen Dialogs zu geben und die Kooperation auf der Grundlage gemeinsamer Werte in die Praxis umzusetzen.





Dr. Norbert Röttgen, ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. EURO-MEDITERRANES TREFFEN:

PERSPEKTIVEN EINER ENERGIEPARTNERSCHAFT

Am 17. und 18. Juni hat die KAS in Kooperation mit der „Association Ribat Al Fath pour le Développement Durable“ das 9. Euro-Mediterrane Treffen zum Thema: „Marokko und die Europäische Union: Perspektiven einer Energiepartnerschaft“ veranstaltet.

Teilnehmer der Veranstaltung waren ehemalige und amtierende marokkanische Minister, Politiker, Vertreter der Zivilgesellschaft, der ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, sowie der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Marokko, Dr. Michael Witter.

Als erster sprach Dr. Röttgen über die Energiewende in Deutschland und wie diese mit großer Zustimmung von der Bevölkerung angenommen wurde. Er wies darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland jahrelang geplant habe, sich von der Atomkraft zu trennen. Nach dem nuklearen Desaster im japanischen Fukushima allerdings entschied sich die Bundesregierung, bis spätestens 2022 alle Atomkraftwerke stillzulegen. Die Energiepartnerschaft zwischen Marokko

und Deutschland bezeichnete er als überaus wichtig für die Zukunft beider Länder. Seine Vision von einer noch besseren Energiepartnerschaft zwischen beiden Ländern müsse vor allem die Meinung der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen. In seinem Fazit bezeichnete Dr. Röttgen Marokko aufgrund seiner natürlichen Gegebenheiten als einen der besten Orte, wenn nicht den besten Ort überhaupt, um in Erneuerbare Energien zu investieren.

Während Dr. Amina Benkhadra, ehem. Energie- und Umweltministerin, die Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Marokko als vorbildlich bezeichnete, machte Herr Hicham Menjour, Kabinettschef beim Energie- und Umweltministerium, darauf aufmerksam, dass Erneuerbare Energien eine der obersten Prioritäten der marokkanischen Regierung seien.

Am darauffolgenden Tag fand noch ein sehr informatives Expertengespräch mit hochrangigen Persönlichkeiten Marokkos statt.

SÜDKAUKASISCHES ENERGIEFORUM: ENERGIEEFFIZIENZ

In Kooperation mit dem REC Kaukasus (Regional Environmental Centre for the Caucasus) fand das von der KAS initiierte Energieforum statt. An dem Forum nahmen Vertreter der Regierungen aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien, der Zivilgesellschaft und Think Tanks teil.

Das Energieforum wurde als Diskussionsplattform für nationale und regionale Initiativen mit Blick auf energiepolitische Projekte wie die Förderung Erneuerbarer Energien oder nachhaltige Energienutzung ins Leben gerufen. Das Forum dient zugleich als Gremium, das Empfehlungen für die nationale politische Entscheidungsebene zur Weiterentwicklung der

nationalen Leitlinien und der Gesetzgebung formuliert.

Den Schwerpunkt des Energieforums bildete der Themenblock „Energieeffizienz“.

Neben der Frage der rechtlichen Rahmenbedingungen wurden institutionelle Mängel und Erfordernisse sowie die Annäherung an die EU-Energiepolitik intensiv diskutiert. In gemischten Arbeitsgruppen formulierte Handlungsempfehlungen zu den genannten Themenblöcken wurden zuständigen Ministerien und weiteren relevanten Behörden zur Verfügung gestellt.



Erstes Südkaukasisches Energieforum – Gemeinsam für Energieeffizienz



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP hieß 160 Jugendliche aus 31 Ländern als „Botschafter für das Klima“ herzlich willkommen.



YOUTHINKGREEN – JUGEND DENKT UM.WELT

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, hat in Berlin den 1. Weltjugend-Nachhaltigkeitsgipfel der Initiative „youthinkgreen – jugend denkt um.welt“ eröffnet. Auf dem Gipfeltreffen in Berlin wollten die Teilnehmer nicht nur über ihre unterschiedlichen Lebensweisen diskutieren, sondern auch gemeinsam Handlungsvorschläge für einen nachhaltigeren Alltag und eine lebenswerte Zukunft entwickeln.

Pöttering, der die Schirmherrschaft für den zehntägigen Gipfel übernommen hat, appellierte an die Jugendlichen, sich auf ihrem Weg nicht entmutigen zu lassen.

„Engagement für Klimapolitik ist notwendiger denn je. Die dramatischen Auswirkungen der Veränderungen des Klimas sind heute schon sichtbar. Vielleicht ist Eure Arbeit der Grundstein für ein neues Verständnis in die Klimapolitik“, so Pöttering. Dieses sei angesichts der gescheiterten Verhandlungen über ein neues Weltklimaschutzabkommen dringend notwendig. Seit der Gründung Mitte 2008 bildet youthinkgreen weltweit Jugendliche zu Klimabotschaftern und Akteuren nachhaltiger Entwicklung aus. Neben Hans-Gert Pöttering haben auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Christiana Figueres, Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), die Schirmherrschaft übernommen.

KEIN STILLSTAND BEI KLIMAVERHANDLUNGEN

Im April 2013 organisierte das Regionalprogramm Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung Singapur ein Expertengespräch zum Thema „Resolving Deadlock in Climate Change Negotiations“ in Bonn/Deutschland. Das hochrangige Treffen war Teil des EU-Projektes „EU-Asia Dialogue“ und dessen Cluster „Climate Change Diplomacy“. Als Redner konnten u. a. Natalia Derodofa, Technische Beauftragte im ASEAN Sekretariat, Martin Kaspar, Politikbeauftragter der Europäischen Kommission DG CLIMA, Roman Mestres Brugada, Stellvertretender Leiter der Abteilung Horizontale Angelegenheiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Dr. Gary William Theseira, Stellvertretender Staatssekretär Ministry of Natural Resources and Environment im UNFCCC Sekretariat und Dr. Dechen Tsering, Stellvertretender Regionalleiter des UN Umweltprogramms Asien und Pazifik, gewonnen werden.

Die Diskussion verdeutlichte, dass es keinen Stillstand bei den Verhandlungen gibt, jedoch noch viele Herausforderungen gelöst werden müssen. Aktuelle Entwicklungen und Erfolge, wie der Green Climate Fund oder die Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action, wurden diskutiert. Ein weiterer Fokus lag auf der Einbindung nichtstaatlicher Akteure sowie der Bedeutung bilateraler Kooperationen als Ergänzung des multilateralen Weges. Zuletzt wurde das Potenzial für eine engere Kooperation zwischen der EU und der ASEAN analysiert.



Unternehmensvertreter informieren sich gegenseitig über Maßnahmen zum nachhaltigen Wirtschaften.

SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT ANGEWENDET:

ÖKOEFFIZIENZ IN UNTERNEHMEN

Der Unternehmerverband AED (Unternehmensvereinigung für nachhaltige Entwicklung) führt mit Unterstützung der KAS ein Programm zum Erreichen der Klimaneutralität in Costa Rica durch. Ziel ist es, dass die teilnehmenden Unternehmen durch Beratung umweltfreundlicher wirtschaften und die Auszeichnung „Blaue Ökologische Flagge“ erhalten, das Siegel für ökologisch verträgliches Wirtschaften. Um diese Auszeichnung zu erhalten, müssen die Unternehmen die durch sie verursachte Umweltbeeinträchtigung messen und reduzieren sowie Aktionen zur Kompensierung durchführen. Mit verschiedenen Programmen versucht die KAS Unternehmen für das Modell einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft zu gewinnen.



KOLUMBIEN: PERSPEKTIVEN FÜR DEN FRIEDENSPROZESS

Wohin führt der Friedensprozess und welcher (auch rechtlichen) Mittel bedarf es, um Kolumbien zu befrieden? Diesen Fragen stellten sich neben kolumbianischen Entscheidungsträgern auch die beiden Mitglieder der KAS-Studiengruppe zum Internationalen Strafrecht, Kai Ambos (Deutschland) und Ramiro García Falconi (Ecuador), im März. Zu dieser Veranstaltungsreihe in der vom Konflikt schwer getroffenen Region Nariño mit verschiedenen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Opfern und Demobilisierten hatte das KAS-Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika in Kooperation mit der Universidad Cooperativa de Colombia eingeladen.

Die Diskussionen bestätigten, dass die Schwerpunkte der seit November 2012 geführten Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der

FARC-Guerilla richtig gewählt sind. Die politische Beteiligung der Guerrilleros sei, so Ambos und García, dabei ebenso notwendig wie die Inkaufnahme nur selektiver strafrechtlicher Aufarbeitung. Die Logik der Vergangenheitsaufarbeitung verlange einer Gesellschaft Kompromisse ab, zumal nach einem derart ausgedehnten Konflikt mit Millionen Opfern, Tausenden Tätern und wechselseitig bedingten Verantwortlichkeiten. Auch der völkerrechtliche Rahmen sowie die einschlägige Rechtsprechung Internationaler Gerichte gewährten die erforderlichen politischen Spielräume. Deutlich wurde allerdings auch, dass die Herausforderungen für die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens in der Breite enorm sind angesichts der desolaten Sicherheits- (multiple bewaffnete Akteure neben der FARC, Drogenhandel, illegale Minen) und Versorgungslage gerade der Millionen Vertriebenen.

Die Realität demobilisierter Guerrilleros, die wieder Teil der Gesellschaft werden sollen, ist schwierig. Gespräch mit (v.l.n.r.) Christian Steiner (Leiter RSP LA), Kai Ambos (Universität Göttingen), Lara Barretto und Ramiro García am Rande des Seminars.

UMBRUCHPROZESS IN MYANMAR



Mehr als 80 Teilnehmer, darunter Parlamentsabgeordnete, Politiker, Journalisten und Mitglieder von NROs, diskutierten im Mai bei einem in Zusammenarbeit mit der Sydney Law School organisierten Workshop die konstitutionellen Rahmenbedingungen für Myanmar und seinen seit 2011 beschrittenen Weg der Öffnung. Die Wichtigkeit dieses Themas für Myanmar wurde insbesondere durch die Teilnahme von Daw Aung San Suu Kyi (Bildmitte), der populären Friedensnobelpreisträgerin und Vorsitzenden der National League for Democracy, verdeutlicht. Ebenfalls aktiv wirkte der frühere Commander-in-Chief U Tin Oo mit. Myanmar befindet sich zurzeit in einem Umbruchprozess und die Änderung der Verfassung von 2008 noch vor dem für 2015 angesetzten Wahljahr scheint möglich.

VERWALTUNGSRECHTLICHE KLAGEMÖGLICHKEITEN IN ASEAN

Mehr als 40 Teilnehmer, zu denen Verwaltungsbeamte, Rechtswissenschaftler und Mitglieder von NROs zählten, diskutierten in Kambodscha anhand eines Vergleichs der Ombudsmannsysteme in Thailand und den Philippinen sowie den deutschen Verwaltungsrechtsbehelfen verschiedene Möglichkeiten für die weitere Entwicklung von Beschwerdemechanismen im Verwaltungsverfahren in Kambodscha. Bisher bestehen dort nur auf subnationaler Ebene Ansätze von Beschwerdemechanismen. Ein funktionierendes Verwaltungsverfahren ist ein wesentlicher Bestandteil der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit.



Prof. Siracha Chareonpanij, Ombudsmann von Thailand, und Conchita Carpio Morales, Ombudsfrau der Philippinen, mit dem Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Asien, Marc Spitzkat, während des Workshops



Staatspräsident Marzouki spricht zur Eröffnung der Konferenz im Präsidentenpalast von Karthago.

RECHTSSTAAT

„DEMOKRATIE WELTWEIT SICHERN“ – INITIATIVE ZUR ERRICHTUNG EINES INTERNATIONALEN VERFASSUNGSGERICHTSHOFES

Aufstrebende Demokratien weltweit und Länder in Transitionsprozessen wie Tunesien sind nicht vor Versuchen gefeit, die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in wechselnden machtpolitischen Kontexten zu unterlaufen. Diesen Entwicklungen entgegenzuwirken ist das Kernanliegen der tunesischen Initiative zur Schaffung eines Internationalen Verfassungsgerichtshofes, die der tunesische Staatspräsident Marzouki auf der internationalen Konferenz zum Thema „Errichtung eines Internationalen Verfassungsgerichtshofes als Instrument zur Vermeidung der Aushebelung demokratischer Institutionen“ in Karthago vor rund 200 Gästen aus Politik, Wissenschaft und Diplomatie vorstellte. Die KAS, die die Initiative im

Rahmen ihres neuen regionalen Rechtsstaatsprogramms Nahost / Nordafrika begleitet, würdigte dabei die Initiative von Staatspräsident Marzouki, der die Errichtung einer solchen globalen Demokratieinstanz als einen „Traum, der jedoch die Chance zur Wirklichkeit“ trüge, bezeichnete. Der deutsche Verfassungsrechtler Christian Tomuschat verwies auf die Chancen und Möglichkeiten, den sicherlich langwierigen Weg hin zur Implementierung zu gestalten.

SÜDOSTEUROPA

BEGNADIGUNGSWESEN IN BULGARIEN

Im Juli fand in Sofia die vom Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa in Kooperation mit dem bulgarischen Begnadigungsausschuss veranstaltete Auftaktkonferenz zur Reform des Begnadigungswesens statt. Die Konferenz wurde von der Vizepräsidentin Bulgariens, Margarita Popova, eröffnet, die das von ihr ausgeübte Begnadigungsrecht einer kritischen Überprüfung unterzieht. Es wurden unterschiedliche Aspekte des Begnadigungswesens und der vorzeitigen Entlassung aus der Haft beleuchtet, die künftig in die Entwicklung eines neuen Gesamtkonzeptes zur Gestaltung des Begnadigungsrechts in Bulgarien einfließen sollen.

Dabei wurde auch auf Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zurückgegriffen, insbesondere aus Deutschland, und u. a. die wesentlichen Züge des deutschen Begnadigungswesens, die diesbezügliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Reformen im Straf- bzw. Strafprozessrecht vorgestellt.

Die bulgarische Vizepräsidentin Margarita Popova leitete die Konferenz über das bulgarische Begnadigungswesen.



MAROKKO: DEMOKRATIE UND VERFASSUNGSGERICHTSBARKEIT

Durch die neue Verfassung von 2011 erfuhr das politische System in Marokko grundlegende Veränderungen. Der Verfassungsrat wurde u. a. durch das Verfassungsgericht ersetzt und mit neuen Aufgaben betraut (Artikel 129-134).

Das KAS-Auslandsbüro in Rabat veranstaltete im April in Kooperation mit der Juristischen Fakultät der Universität Mohammed-V eine Fachkonferenz zum Thema „Demokratie und Verfassungsgerichtsbarkeit: Das neue Verfassungsgericht in Marokko.“ Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff sprach ausführlich über Struktur und Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts, über Normenkontrolle und über Verfassungsbeschwerden. Die Teilnehmer betonten die Vorzüge des deutschen Modells auch für die marokkanische Verfassungsgerichtsbarkeit. Dr. Mohammed Amine Benabdallah, Mitglied des marokkanischen Verfassungsrats, bezeichnete die Struktur und die Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts als vorbildlich, plädierte jedoch für ein System, das gezielt auf den marokkanischen Kontext zugeschnitten ist.

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff, Präsident des Bundesfinanzhofs und ehemaliger Richter am BVerfG (links), und Dr. Mohamed Achargui, Präsident des Verfassungsrats, Marokko





■ MEDIEN

JOURNALISMUS IN BRÜSSEL AUS SICHT JUNGER JOURNALISTEN



Nachwuchsjournalisten der JONA und des ifp München diskutierten mit Journalisten und Pressesprechern über die Bedeutung der EU und ihre Präsenz in den Medien.

Unter dem Titel „Die EU und Medien“ machten sich 20 Nachwuchsjournalisten der JONA und des ifp München ein Bild über die Besonderheiten des Brüsseler Presseplatzes. Am 30. und 31. Mai 2013 standen ihnen dazu erfahrene Korrespondenten aller Medienarten, Agenturmitarbeiter und Pressesprecher Rede und Antwort.

Mittels Rechercheübungen und praktischer Tipps zur kreativen EU-Berichterstattung konnten die Teilnehmer ihre praktischen Kenntnisse weiterent-

wickeln und Berufsperspektiven im Brüsseler Medienzirkus im Gespräch erörtern. Darüber hinaus zeigte der Workshop Berufsmöglichkeiten im Umfeld der europapolitischen Berichterstattung auf.

Ein besonderes Highlight für die JONA-Stipendiaten war das Gespräch mit Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, der betonte, wie wichtig vor allem kritische Berichte seien. Aber: „Die Errungenschaften und Erfolge der Europäischen Integration dürfen bei aller berechtigter Kritik nicht vergessen werden“, appellierte Pöttering.

WIRTSCHAFT, WERTE UND DIE MEDIEN

Die globale Wirtschaft wächst und steht dabei vor enormen Herausforderungen. Sie soll auf Klimawandel, Ressourcenknappheit und eine wachsende Energienachfrage reagieren, die vor allem von den aufstrebenden Schwellenländern ausgeht. Welche Wechselwirkungen zwischen der Energiepolitik und dem Wirtschaftsmodell eines Landes bestehen und wie ökonomische und ökologische Erfordernisse miteinander in Einklang gebracht werden können, diskutierten die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion, die die Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. Juni auf dem Deutsche Welle Global Media Forum in Bonn organisiert hat. Unter der Überschrift „Energiepolitik und Wirtschaftswachstum – Konflikt oder Konvergenz?“ analysierten Experten aus Indien, Nigeria und Deutschland die energiepolitischen Strategien ihrer Länder sowie der Europäischen Union und thematisierten dabei die Rolle, die Medien in globalen Entwicklungsprozessen spielen.



Anmol Soni (TERI) erläuterte Indiens Energiepolitik.

Die globale Wirtschaft wächst und steht dabei vor enormen Herausforderungen. Sie soll auf Klimawandel, Ressourcenknappheit und eine wachsende Energienachfrage reagieren, die vor allem von den aufstrebenden Schwellenländern ausgeht. Welche Wechselwirkungen zwischen der Energiepolitik und dem Wirtschaftsmodell eines Landes bestehen und wie ökonomische und ökologische Erfordernisse miteinander in Einklang gebracht werden können, diskutierten die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion, die die Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. Juni auf dem Deutsche Welle Global Media Forum in Bonn organisiert hat. Unter der Überschrift „Energiepolitik und Wirtschaftswachstum – Konflikt oder Konvergenz?“ analysierten Experten aus Indien, Nigeria und Deutschland die energiepolitischen Strategien ihrer Länder sowie der Europäischen Union und thematisierten dabei die Rolle, die Medien in globalen Entwicklungsprozessen spielen.

PROFESSIONALISIERUNG DER MEDIENARBEIT IN USBEKISTAN

WORKSHOPS ZUR WEITERBILDUNG JUNGER FERNSEHJOURNALISTEN



Im Mai 2013 führte die KAS in Usbekistan in Zusammenarbeit mit der Nationalen Assoziation für elektronische Medien (NAESMI) eine Reihe von Workshops für junge usbekische Fernsehjournalisten durch, zu denen René Falkner, Geschäftsführer der Sachsen Fernsehen GmbH & Co. Fernseh-Betriebs KG, eingeladen wurde. Während der Maßnahmen kam es zu einem aktiven Meinungsaustausch über die Bedeutung der lokalen Fernsehsender in Usbekistan und Deutschland, über die Möglichkeiten zur weiteren Professionalisierung journalistischer Tätigkeiten und über Fragen der Wirtschaftlichkeit lokaler Fernsehanstalten.



René Falkner (3.v.l.)

Der Besuch des KAS-Experten fiel mit der Einweihung eines landesweiten Online-Trainingszentrums für private Fernsehsender zusammen. Das mit modernster Technik ausgestattete Zentrum ermöglicht es nun, zeitgleich in allen Provinzen Usbekistans Workshops und Online-Veranstaltungen durchzuführen. Darüber hinaus können ausländische Experten auch live dazu geschaltet werden, was die zukünftige Zusammenarbeit verstärken und erleichtern wird.



E-LECTION BRIDGE AFRICA KONFERENZ 2013 IN WINDHOEK/NAMIBIA

AUF DIE BOTSCHAFT KOMMT ES AN

Im Zeichen von gleich vier Wahlkämpfen stand die diesjährige E-lection Bridge Africa Konferenz, die das Medienprogramm Subsahara-Afrika Anfang April in Windhoek veranstaltet hat. Die vor drei Jahren gegründete Plattform für politische Kommunikations-Experten beschäftigte sich mit den Lehren aus den Wahlen in Ghana und Kenia, aber auch mit dem US-amerikanischen Wahlkampf. Hinzu kam ein exklusiver Ausblick auf den Wahlkampf in Deutschland durch den CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler.

Dieser machte vor rund 30 Konferenz-Teilnehmern aus der Region deutlich, wie wichtig passende Wahlbotschaften für die Spitzenkandidaten sind. Zu oft beschränken sich Oppositionsparteien in Afrika mit ihren Wahlkampagnen auf Kritik an der Regierung

und verpassen es dabei, die eigene Kompetenz durch entsprechende Wahlprogramme und -botschaften zu unterstreichen. Gleichzeitig haben sich in den vergangenen Jahren mit der Verbreitung von Smartphones und Internetzugängen auch in Afrika die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation deutlich ausgeweitet, so dass Wähler gezielt und kostengünstig angesprochen werden können.

Die Marke E-lection Bridge wird in den kommenden Monaten noch weiter ausgebaut, u. a. mit einer Summer Academy, die sich an die Nachwuchstalente unter den afrikanischen Wahlkämpfern richtet und zur ersten professionellen Ausbildungseinrichtung für Politische Kommunikation in Subsahara-Afrika ausgeweitet werden soll.

POLITISCHE ETHIK UND CYBERAKTIVISMUS IN PANAMA

Wahlbeobachtung mal anders: Junge Leute lernen den politischen Nutzen und den verantwortungsbewussten Umgang mit dem Nachrichtennetzwerk Twitter kennen.

„WIR SIND BÜRGER, KEINE KUNDEN.“



Zwischen April und Juli führten Justitia et Pax und die KAS in Panama eine Veranstaltungsreihe zur Gründung eines Jugendnetzwerkes für die Beobachtung der Wahlen in Panama und die Einhaltung des „Pacto Ético“ durch, der von der katholischen Kirche initiiert und mit Ausnahme

der Regierungspartei Cambio Democrático von allen Parteien unterzeichnet wurde. Unter dem Motto „Wir sind Bürger, keine Kunden“ (und somit nicht käuflich) wurden die Jugendlichen in den Themen politische Ethik, Parteien, Bürgerbeteiligung und politische Anwendung Sozialer Netzwerke wie Facebook und Twitter geschult. Ziel ist die Schaffung eines Netzwerkes durch die jungen Cyberaktivisten, über das sich Nachrichten über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen und im Wahlkampf verbreiten.



DEN MEDIEN FREIRÄUME SCHAFFEN



So lautet der Schwerpunkt der dritten Ausgabe des Journals „Uganda Media Review“, das am 12. Juli 2013 in Kampala präsentiert wurde. Die „Uganda Media Review“ wird jährlich von der Uganda Media Development Foundation (UMDF) mit Unterstützung der KAS veröffentlicht. Das Journal beinhaltet Artikel renommierter Autoren zu medienrelevanten Themen in Uganda.

Größere Artikel der neuesten Veröffentlichung konzentrieren sich auf die Analyse von Schlüsselerisiken der Mediengeschichte Ugandas, wie etwa den Journalismus zu Zeiten Idi Amins. Das Journal versucht zudem, neue Wege für den Journalismus in dem ostafrikanischen Land aufzuzeigen. Pressefreiheit ist und bleibt ein brisantes Thema in Uganda und wurde nach der Buchvorstellung sehr engagiert diskutiert.



Beji Caid Essebsi, Präsident von Nidaa Tounes (Mitte), eröffnete die weit beachtete Konferenz.

■ WERTE UND RELIGION

RELIGION UND KULTUR DES ZUSAMMENLEBENS

Eine zunehmende gesellschaftliche, politische wie religiöse Bi-Polarisierung zeichnet die Länder des Umbruchs in Nordafrika und Nahost aus. Gerade Tunesien, dessen religiöser und kultureller Diskurs traditionell von Offenheit und Toleranz geprägt ist, erfährt durch islamistische und radikale Kreise zunehmend eine Infragestellung des eigenen Modells. Die KAS und das Forum für den Dialog der Kulturen und Religionen der Partei Nidaa Tounes haben vor diesem Hintergrund zu einer internationalen Konferenz zum Thema „Religion und Kultur des Zusammenlebens in der Welt: Realität und Herausforderungen“ im Juni 2013

nach Tunis eingeladen. Beji Caid Essebsi, Präsident der Partei Nidaa Tounes und ehem. Übergangspräsident, betonte, dass es für das Zusammenleben der Kulturen und Religionen entscheidend sei, Differenzen zu akzeptieren. „Wir müssen an die Würde glauben, an die Justiz und die Toleranz als höchste und gemeinsame Werte, die vereinigen und nicht spalten“, so Essebsi. Die Versuche, mittels der Religion Wahrheit auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich zu monopolisieren, würden immer die Gefahr der Spaltung einer Nation wie der Welt in sich bergen, erklärte er.



UMSETZUNG DER CHRISTLICHEN SOZIALLEHRE

Wie sieht christliche Soziallehre in der Praxis aus? Wie können christliche Werte in Familien, Freundeskreisen und Gemeinden umgesetzt werden? Welche Rolle kommt der Gesellschaft zu, welche der Kirche? Im Mai und Juni ging die Diözese Teotihuacán in Zusammen-

arbeit mit dem KAS-Auslandsbüro Mexiko im Rahmen der Workshopreihe „Christliche Soziallehre in der täglichen Praxis“ diesen Fragen nach. Über 100 Teilnehmer nahmen teil und diskutierten mit Akademikern und Angehörigen der Kirche. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge des Instituto Mexicano de Doctrina Social Cristiana OSO. Die lebhafteste Mitarbeit bei allen Workshops machte deutlich, dass das Zusammenspiel der Kirche mit einer aktiven Zivilgesellschaft grundlegend für die Umsetzung der christlichen Soziallehre in die Praxis sei. Gleichzeitig müsse gerade die aktive Teilnahme junger Bürger stärker gefördert werden. Ihr Interesse sowie die Vielzahl an Ideen zur Wahrnehmung und praktischen Umsetzung der christlichen Soziallehre wurden nicht zuletzt durch ihre wiederholte Teilnahme an allen vier Seminaren deutlich.



kutierten mit Akademikern und Angehörigen der Kirche. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge des Instituto Mexicano de Doctrina Social Cristiana OSO. Die lebhafteste Mitarbeit bei allen Workshops machte deutlich, dass das Zusammenspiel der Kirche mit einer aktiven Zivilgesellschaft grundlegend für die Umsetzung der christlichen Soziallehre in die Praxis sei. Gleichzeitig müsse gerade die aktive Teilnahme junger Bürger stärker gefördert werden. Ihr Interesse sowie die Vielzahl an Ideen zur Wahrnehmung und praktischen Umsetzung der christlichen Soziallehre wurden nicht zuletzt durch ihre wiederholte Teilnahme an allen vier Seminaren deutlich.

RELIGIONSFREIHEIT ALS MENSCHENRECHT

Das KAS-Auslandsbüro in Rabat hat im März 2013 in Zusammenarbeit mit dem Centre Marocain des Etudes Juridiques (CMEJ) eine Fachkonferenz zum Thema „Religionsfreiheit als Menschenrecht“ veranstaltet.

Zur Eröffnung sprach Prof. Dr. Heiner Bielefeldt über die Angst vor der Freiheit sowie die Angst vor der (anderen) Religion als den strukturellen Ursachen für alle Versuche, die Religionsfreiheit einzuschränken. Er machte darauf aufmerksam, dass allein das Individuum in seinem Menschsein Träger des Rechts auf Religionsfreiheit sein kann, nicht aber die Religion als solche. Zum Abschluss stellte er den „Rabat Plan of Action“ vor, der jegliche Befürwortung nationalistischer, rassistischer oder religiöser Hassrede verbietet. Am darauf folgenden Tag sprach sich der marokkanische Philosoph Prof. Mohammed Doukali gegen jegliche Bindungen an Herkunftsreligionen aus, stattdessen trat er für die Freiheit des Gewissens und der persönlichen Glaubensüberzeugungen ein. Prof. Lahcen Oulhaj, Dekan der Juristischen Fakultät in Rabat, wies darauf hin, dass Marokko und darüber hinaus alle muslimischen Länder sich nur unter der Bedingung weiterentwickeln können, dass sie „Religion“ und „Staat“ strikt trennen. Für den Theologen Mohammed Amine Smaili hingegen haben die Rechte der Menschen eine geringere Bedeutung als die Rechte Gottes und eine säkulare Ordnung der Gesellschaft erscheine lediglich als Ausdruck von Bequemlichkeit und Egoismus.



Prof. Dr. Heiner Bielefeldt (u. a. Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats), Prof. Dr. Hassan El Habté (Jurist), Dr. Helmut Reifeld (Leiter des KAS-Büros, Marokko)

NAMEN UND GESICHTER



Claudia Crawford

- Ist seit Juli Auslandsmitarbeiterin der KAS in Russland
- Leitete zuvor die KAS-Auslandsbüros in Serbien, Kosovo und Montenegro sowie Großbritannien
- Kontakt: claudia.crawford@kas.de



Dr. Volker Pilz

- Geht ab Oktober im Rahmen des Regionalprogramms Umwelt, Klima und Energiesicherheit nach Rio de Janeiro
- War zuletzt als Geschäftsführer einer selbstgegründeten GmbH im Bereich Windparks tätig
- Kontakt: volker.pilz@kas.de



Jakov Devcic

- Wird ab Oktober als Trainee im KAS-Auslandsbüro in der Ukraine tätig
- War zuvor Stipendiat der KAS-Begabtenförderung
- Kontakt: jakov.devcic@kas.de



Dr. Lars Peter Schmidt

- Übernimmt ab September die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Indien
- Leitete zuvor die KAS-Auslandsbüros in Moskau, Thailand und der Türkei
- Kontakt: lars.schmidt@kas.de



Dr. Georg Eickhoff

- Leitet seit Juli das Parteidialogprogramm in Montevideo
- War seit 2008 Büroleiter des KAS-Auslandsbüros in Venezuela
- Kontakt: georg.eickhoff@kas.de



Torben Stephan

- Leitet seit August das KAS-Medienprogramm Asien
- War zuvor Pressesprecher der CDU Niedersachsen
- Kontakt: torben.stephan@kas.de



Evelyn Gaiser

- Wird ab September als Trainee nach Israel gehen
- War zuvor im KAS-Auslandsbüro Israel als Projektmanagerin tätig
- Kontakt: evelyn.gaiser@kas.de



Michael Winzer

- Leitet seit Juli das Auslandsbüro in Thailand
- War zuvor stv. Teamleiter der Finanz- und Projektverwaltung der EIZ
- Kontakt: michael.winzer@kas.de



Paul Linnarz

- Wird ab September das KAS-Auslandsbüro in Japan leiten
- War zuvor als Auslandsmitarbeiter der KAS in den Sektorprogrammen Medien und Demokratie in Lateinamerika und Asien tätig
- Kontakt: paul.linnarz@kas.de



Nils Wörmer

- Tritt im September seinen Auslandseinsatz in Afghanistan an
- Betrieb zuvor als wissenschaftlicher Mitarbeiter der SWP Feldforschung in Afghanistan
- Kontakt: nils.woermer@kas.de

PLANUNGSAUSSCHUSS DER KAS IN CADENABBIA



Auch in diesem Jahr trat vor Beginn der Sommerpause der Planungsausschuss der KAS zu seiner jährlichen Sitzung in Cadenabbia zusammen. Unter der Leitung von Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär der KAS, diskutierten die Teilnehmer über „Weichenstellungen für die europäische und internationale Politik in Zeiten von Bundstags- und Europawahlen“. Dabei ging es konkret um Fragen der Zukunft der Entwicklungspolitik, Weichenstellungen in Europa, den aktuellen Stand der arabischen Stabilitätskrise sowie die Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft. Die Ergebnisse der Tagung werden Eingang in die Arbeit des EIZ in den nächsten Jahren finden.

NACHWUCHS AUS LATEINAMERIKA



Vom 11. bis 19. Juni 2013 hielten sich zwölf Vertreter von Jugendorganisationen der politischen Partnerorganisationen der KAS aus Chile, Peru und Uruguay in Berlin und Potsdam auf. Im Mittelpunkt stand der Erfahrungsaustausch zu Fragen der Konzeption, Organisation und Finanzierung der Jugendförderung. Die Nachwuchsförderung stellt ein zentrales Anliegen der Arbeit der KAS in Lateinamerika dar.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



16. CAHIER DE L'ALTERNANCE

Die KAS und die Journalistenakademie CESTI Dakar haben die 16. Ausgabe in der Serie der „Cahiers de l'Alternance“ heraus gegeben: Die Chronik einer Konsolidierung der Demokratie in Senegal. Im letzten Jahr wurde nach einer sehr bewegten und teilweise von Gewalttaten geprägten Wahlkampagne in freien und transparenten Wahlen der Präsident Macky Sall gewählt.



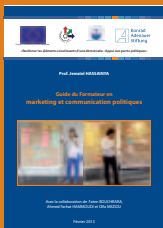
EUROPAS BINNENMARKT – WIRTSCHAFTSRAUM MIT POTENZIAL

Mit dem Binnenmarktprojekt hat die Europäische Union die wirtschaftliche und politische Integration deutlich vertieft. Der Binnenmarkt war zudem Motor weiterer Integrationsschritte, doch er ist noch nicht vollendet. In dieser Studie werden – aufbauend auf den Initiativen der Kommission – wichtige Ansatzpunkte für eine weitere Stärkung des Binnenmarktes identifiziert. Die Studie liegt auch in englischer Sprache vor.



PRIORITÄTEN FÜR DIE SOZIALE, POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DER JUGEND

Mehr als 900.000 junge Menschen in Argentinien sind auf der Suche nach Arbeit. Viele von ihnen haben die Schule abgebrochen, die Unzufriedenheit wächst, und mit ihr die Zahl der Drogenkonsumenten. Zusammen mit verschiedenen Experten aus dem Sozialwesen, der katholischen Gemeinde sowie Politik und Wirtschaft hat das KAS-Auslandsbüro Argentinien die Studie „Prioritäten für die soziale, politische und ökonomische Entwicklung der Jugend“ veröffentlicht, die Lösungsansätze zur Reintegration der jungen Menschen liefert.



TRAINER-HANDBUCH ZU POLITISCHER KOMMUNIKATION UND MARKETING

Erfolgreiche Kommunikation kann nicht dem Zufall überlassen werden, sondern muss organisiert und geplant sein. Das vom KAS-Auslandsbüro in Tunis herausgegebene Trainer-Handbuch zu Politischer Kommunikation und Marketing verpflichtet sich diesen beiden Einsichten, indem es grundlegende Elemente einer gelungenen Kommunikation innerhalb einer Partei wie mit Blick auf die Bezugsgruppen derselben nicht nur darstellt, sondern exemplarisch an konkreten Beispielen durchexerziert.



WAHRNEHMUNGEN DER DEUTSCHEN ENERGIEWENDE IN SCHWELLENLÄNDERN

Die vorliegende Studie ist im Auftrag der KAS von infratest dimap durchgeführt worden. Auf Grundlage eines Leitfadens wurden im Zeitraum vom 5. November 2012 bis 18. Januar 2013 insgesamt 121 telefonische Interviews in Brasilien, China und Südafrika geführt. Während in der innerdeutschen politischen wie medialen Debatte vor allem die Probleme, Kosten und Risiken diskutiert werden, sieht man in den Schwellenländern deutlich das Zukunftspotenzial der Energiewende.



PARTY SYSTEM IN INDIA

Im Vorfeld der anstehenden Parlamentswahlen in Indien hat das KAS-Auslandsbüro in Indien in Kooperation mit dem Centre for Public Affairs (CPA) ein Buch zum politischen System Indiens und dessen Wandel im 21. Jahrhundert sowie zu den handelnden politischen Parteien veröffentlicht. 17 Essays befassen sich mit den politischen Gegebenheiten des Landes, deren Auswirkungen auf die Gesellschaft und möglichen Tendenzen für die Zukunft.